

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohementopreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schonlank.

Inserate werden die gehaltene Zeitung oder deren Name mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Posadowsky-Statistik.

Leipzig, 9. Dezember.

Graf Posadowsky, der Vater des berüchteten Streiklasses, der Führer des Arbeitstreizes, hat bekanntlich einen Bundesratsbeschluss vom 10. Juni 1898 veranlaßt, wonach vom 1. Januar 1899 ab eine Statistik der Ausstände und Aussperrungen von Amts wegen geführt werden soll.

Wir haben damals, als dieser Beschluß bekannt wurde, in richtiger Beurteilung der Unternehmenschutzpolitik, die heute Triumph ist, die Tendenz dieses „Statistik“planes als eine arbeiterfeindliche gekennzeichnet. Sie erschien uns als ein Mittel, „schäbiges Material“ zur Bekämpfung der verhafteten gewerkschaftlichen, der proletarischen Massenbewegung zusammen zu holen und sich für den kulturrendlichen Feldzug gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, der in dem Hauptschlage des Buchhausgesetzes entworfenes gipfelt, mit „amtlicher“ Zahlenmunition zu versorgen.

Im 4. Heft der Vierteljahrsshefte der Statistik des deutschen Reiches werden die für die „Organisation der amtlichen Streikstatistik“ getroffenen Bestimmungen mitgeteilt. Sie lauten so:

Vom 1. Januar 1899 ab soll über jede gemeinsame Arbeitsausstellung mehrerer gewerblicher Arbeiter (Streik) und über jede gemeinsame Ausschließung mehrerer gewerblicher Arbeiter von der Arbeit (Aussperrung) eine Nachweisung ausgestellt werden. Die Ausstellung der Nachweisungen liegt den Obrigkeitshauptbehörden ob, soweit nicht durch die Landes-Centralbehörden andere Stellen damit beauftragt werden. Die Nachweisung wird der höheren Verwaltungsbehörde übertragen, diese veranlaßt die Prüfung und, soweit erforderlich, die Vervollständigung des Inhalts und schlägt binnen zwei Wochen nach dem Schluß jedes Vierteljahres die im Laufe des Quartals eingerichteten Nachweisungen an das Kaiserl. Statist. Amt. Rückfragen des Kaiserl. Statist. Amtes müssen die höheren Verwaltungsbehörden unmittelbar beantworten. Das Kaiserliche Statist. Amt hat für jedes Vierteljahr eine summarische Übersicht der Streiks und Aussperrungen und für jedes Jahr eine ausführliche Statistik sowohl als ähnlich zu veröffentlichen.

Die Nachweisung sowohl für Streiks wie für Aussperrungen enthält 14 Punkte, diese betreffen gleichmäßig Ort, Gewerbeart, Anzahl der Betriebe, Gesamtzahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter (darunter Personen unter 21 Jahren), Beginn und Ende des Streiks (resp. der Aussperrung), Höchstzahl der Streikenden (darunter Minderjährige), Zahl der Kontraktbrüderlichen (darunter Minderjährige), Höchstzahl der indirekt vom Streik erschafften Arbeiter, Gründe des Streiks und Forderungen der Ausständigen, Ergebnisse des Streiks, Einwirkung und Unterstützung von Berufsvereinigungen und dritten Personen, Vergleichsverhandlungen unmittelbar zwischen den Parteien, vor dem Gewerbegericht, durch Vermittelung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen, polizeilicher Schutz Arbeitwilliger und sonstige polizeiliche Maß-

nahmen, Bemerkungen auch darüber, ob die Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen worden ist, sowie über nachweisbare Verluste an Arbeitslohn während des Streiks.

Was diese Bestimmungen sozialpolitisch bedeuten, möglicht unser vorerst das jahrliegende Organ des Herrn von Berlepsch, die Soziale Praxis, sagen. Die Redaktion schreibt:

Das Bedürfnis nach einer amtlichen Streikstatistik ist in Deutschland sehr stark und die Genugthuung, daß wir endlich die Erfüllung dieses Wunsches vor uns sehen, wahrlich nicht gering. Gleichwohl dürfen wir es nicht unterlassen, Bedenken über die Art und Weise der Ermittlungen zu äußern. Es erstreckt sich die Nachweisung auf viele mehr Punkte, als in anderen Ländern üblich. Das kann sehr wertvolles Material ergeben, es macht aber auch die Erhebung schwieriger und das Ergebnis unsicher. In der Wahl der Organe für die Erhebung lehnt man sich leider an das burokratische System in Frankreich und Italien an, aber nicht an die in England und zum Teil auch in Österreich erprobte Methode, die den Thatbestand durch Befragen der Parteien selbst festzustellen sucht. Auch in der deutschen Streikstatistik ist zwar ein direktes Erfundgen bei den Beteiligten nicht ausgeschlossen, aber die Vermutung geht dahin, daß, selbst wenn dies geschieht, bei den Obrigkeitshauptbehörden die Stimme der Unternehmer größeren Einfluß hat als die der Arbeiter. Eine bedauerliche Unterlassung ist unseres Erachtens, daß die Gewerbeaussichtsbeamten nicht ausdrücklich zu den Erhebungen herangezogen werden. Während ferner England, Frankreich, Belgien allmonatlich eine Streikstatistik in amtlichen Blättern veröffentlichten, soll dies in Deutschland nur vierteljährlich geschehen. Das ist ein zu langes Intervall, wenn man die wirtschaftlichen Folgerungen aus der Statistik für die Praxis ziehen will. Besonders aber fällt der schwach polizeiliche und kriminalistische Charakter einiger Fragen auf, wie die Erfundlung nach der Zahl der Minderjährigen, der Kontraktbrüderlichen, der polizeilichen Maßnahmen und des staatssanwaltlichen Einschreitens; in Verbindung mit ihnen bekommt auch die Frage nach der Einwirkung der Berufsvereine und dritter Personen einen bitterlichen Beigeschmac. Diese Ermittlungen schließen in den sämlichen Fragebogen für die Streikstatistik der anderen Länder und sie sind es, die bei der zur Zeit in Deutschland herrschenden reaktionären Strömung in der Sozialpolitik die Verächtigung nahelegen, daß es sich bei der deutschen Streikstatistik nicht bloß um Feststellung wirtschaftlicher Thatsachen und sozialer Zustände, sondern um Gewinnung von Auflagenmaterial gegen die Arbeiterbewegung handelt. Wir hoffen, daß die Antworten darthun, wie stark im allgemeinen — Ausnahmen gibt es natürlich auch hier — der gesetzliche Sinn in der deutschen Arbeiterwelt ist.

Wie steht es mit solchen Erhebungen in anderen europäischen Staaten? In England, das die älteste alljährlich erhobene amtliche Statistik besitzt (seit 1888), werden vorläufige Angaben in der von dem Handelsamt herausgegebenen Labour Gazette (Arbeitsblatt) veröffentlicht; die endgültigen Ergebnisse erscheinen dann jährlich in einem besonderen Bande. Die Statistik wird im Arbeitsamt des

Board of Trade hergestellt, und zwar dienen als Quellen die Orts- und Gewerbeoppre, die Berichte der Trade Unions, der Unternehmerverbände und Mitteilungen der in allen wichtigen Industriebezirken ansässigen Labour Correspondents (Arbeitsmarkt-Berichterstatter) des Arbeitsamtes. Die gesammelten Nachrichten werden in ein Register eingetragen, alsdann kommen genauere Erhebungen, in der Hauptstrecke durch die Ausgabe von Fragebogen an die streitenden Teile, die dadurch ihrerseits den Streitfall darstellen können. Das Ergebnis ist bestredigend: der Fragebogen fragt nur nach Ort, Beschäftigung, Grund oder Gegenstand, Zahl der betroffenen Betriebe und Arbeiter (unmittelbar oder mittelbar), Dauer des Streiks, Ergebnis, sonst fragt er — weiter nichts.

In Frankreich und Italien gründet sich straßenbureaucratisch die Streikstatistik in der Hauptstrecke auf die Berichte der Präfekten, der Agenten der jeweiligen Regierung. In Frankreich werden sie durch die Protokolle und Entscheidungen im Verwaltungsverfahren vor dem Friedensrichter ergänzt. Das Pariser Office du Travail, das die Statistik bearbeitet, veröffentlicht monatlich in seinem Bulletin die vorläufigen Resultate, nach Jahresabschluß das endgültige Ergebnis, ähnlich so auch Belgien. In Österreich untersteht die Streikstatistik dem neu errichteten Arbeitsstatistischen Amt. Die Erhebungen erfolgen vermittelst Zählblättern, die „die politischen Behörden erster Instanz, nachdem sie sich teils durch Vernehmungen der Betriebsleitungen und der Arbeiter, teils auf Grund gewissenhafter unparteiischer Erhebungen der ihnen zur Verfügung stehenden Organe Kenntnis verschafft haben, ausfüllen sollen“. Ergänzt werden diese Zählblätter durch die Behörden und die Gewerbe-Spektoren. Die Presse, die Handelskammerberichte &c. werden gleichfalls durchgesetzt.

Den Zweck der Streikstatistik in anderen Ländern findet die Publikation des Kaiserlich Statistischen Amtes zutreffend in erster Linie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete: „Wie oft die einander widerstreitenden Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern unter Anwendung von Arbeitseinstellungen, den äußersten Kampfmitteln, zum Austrag kommen, unter welchen Umständen, zu welchen Zwecken, mit welchem Erfolg es geschieht, welche Folgen sich daraus für das wirtschaftliche Leben ergeben, das sind Fragen, die eine Beantwortung durch die Statistik erfordern. Und noch ein weiterer Zweck pflegt mit diesen Statistiken verbunden zu werden, da die bezüglichen Ermittlungen eine leicht greifbare Möglichkeit bieten, einen Einblick in die das Leben der Arbeiter bewegenden Verhältnisse zu thun.“ Es wäre erfreu-

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Ein Fest auf Haderslevhuns.

Novelle von Theodor Storm.

„So redet nicht!“ rief Dagmar hastig; aber ein Zug der Angst flog dennoch über das zarte Antlitz, und sie setzte bei: „Nur, um der Gottes Mutter Heiligen, schweigt nicht zu lang; es thäte mir weh!“ Und wie durch körperlichen Schmerz getrieben, drückte sie die Hand auf ihre linke Brust. Da er sorgvoll mit den Augen folgte, sprach sie: „Ihr wisset, das große Sterben, als das ins Land kam . . . aber“ — unterbrach sie sich — „wo waret Ihr denn damals?“

„In Paris,“ sagte er leise, als wolle er den Laut der süßen Stimme nicht verlieren; „in Prag dann später; auch dort am Königshof.“

Sie sah ihm in sein schönes Antlitz, auf den geslickten Sammetrock und wie die goldenen Knöpfe im Mondlicht blitzen. „So wisst Ihr nichts von uns — o herzliebe Mutter! Süße Schwester Heilwig!“ rief sie; „o meine Brüder — alle sind sie gestorben!“ Blödiglich ergriff sie seine Hand: „Kommt!“ rief sie und zog ihn mit sich auf eine kleine Höhe, von wo man seitwärts bei dem Walde in das flache Land hinaussehen konnte. Er glaubte eine Niedrigung zu gewahren und einzelne Pfähle, durch düstigen Nebel schimmernd, der dort umzog. „Dort!“ sprach sie kaum hörbar und zeigte mit ausgestreckter Hand dahin.

Er schwieg; er wußte, das sei der Bestatter, wohin sie gewiesen hatte. — Ein Nachthauch kam und hob ihr dunkles

Haar ein wenig von dem schmalen Antlitz und wehte das Gewand um ihren zarten Körper; ihm war auf einmal, als sei auch sie unhaltbar auf der Erde. „Wenn dort Eures Blutes einer ruht, so gönnet ihm die Ruhe!“ sprach er zitternd.

Doch sie streckte die Arme aus und rief: „Mein Vater! Mein armer Vater! Wir werden nimmermehr vom Tod geheiselt!“

„Das klung hart von Euren jungen Lippen!“ sprach der Mann.

Da wandte sie ihr Haupt und sah den Schmerz in seinen Augen. „Ich wollte Euch nicht seld thun!“ sprach sie bittend; „nur sagen: von all dem Sterben habe auch ich mein Teil behalten! — und sie fasste wieder mit der Hand nach ihrem Herzen — „des Königs Arzt, der spanische Jude, ich hörte ihn einst zur Rose sagen, es sei zu groß, ich könnte einmal so hingehen; stark Leid und Freude könnte ich nicht ertragen. Und die gute Rose, will sie mit Leib thun, so sagt sie, ich hätte weiße Rosen auf den Wangen!“

Sie schwieg und er antwortete ihr nicht: aber sie sahen sich in die Augen, und drunten aus der Tiefe schlug die Nachtigall. „Frühling!“ sprach er leise und öffnete die Arme ihr entgegen. Da lag sie an seiner Brust, die Augen geschlossen, die Hände um seinen Hals gestrichen; und für die Worte, welche ihnen fehlten, sang die Nachtigall, als müsse ihr die Brust zerspringen; und nun ein Ton — lang ausatmend, ohne Ende. „Sie stirbt!“ rief Dagmar, warf das Haupt zurück und schaute in des Mannes Augen. „O, kann man auch vor Liebe sterben!“ — Er aber, in dem Thürlichkeit der Minne, hob ihre leichte Last gegen den Silberschein des Mondes und küsste ihre Wangen: „O meine weißen Rosen! O heilige Jungfrau, beschütze mir mein ganz unsäglich Glück!“

Da scholl vom Schlosse her das Klirren einer Pforte, und sie wand sich jäh aus seinen Armen. „Scheiden!“ rief sie schmerlich; dann nahm sie seine Hand, doch nur für eines Atemzuges Dauer. „Nein, fort! — fort!“ rief sie in Schreien. „O, vergib nicht mein; ich möchte sterben!“

Sie fühlte einen heißen Kuß auf ihrem Mund; dann rauschte es in den Pappeleweigen, und sie war allein. Sie stand, als wäre sie nicht lebend; ihre Wangen waren blau, von ihren Lippen aber schimmerte es rot: das war die Minne, die dort des anderen Paars harzte. „O Herzliebe, o sehnde Not!“ seufzte das Kind und sank auf ihren Sitz. „Und wie heißt er denn nun? — Er? Er —?“ und lächelnd antwortete sie sich: „Das weiß ich nicht . . . o heilige Jungfrau!“

Da kamen Schritte näher, und aus den Blüten sprach ein altes Stimmchen: „Nein, nicht dorthin; hier, Grete; hier bei dem Tagus! O heilige Mutter Gottes!“ Und die Rose in ihrem Wärderpelz, den Kopf mit einem dicken Tuch verumumt, trat mit der alten Grete in den Mondchein hinaus. „Kind, Kind, wo bleibst Du!“ rief sie. „Muß Deine alte Rose Dich suchen gehen!“

— „O Rose!, es ist so schön hier!“

„Und“ — die Alte sah sich um — „Du bist ja ganz allein; wo ist der Hund, der Heudan?“

„Der Hund?“ sprach Dagmar hastig. „Ist der nicht hier?“

— „Gi, Kind, das mußt Du ja doch selber wissen!“

„O Rose!, Du hättest die Nachtigall nur hören sollen!“ Und wie gerufen drang der Vogelschall von neuem aus der Tiefe, und das Mondlicht glitzerte auf den Blättern der Hülsen und den Nadeln des Tagus; von Düften schwamm es in der Luft. Einen Augenblick stand die Alte, das Ohr geneigt: „Ja, ja; Du heiliger Gott, das wäre ein Blümchen

lich, meint die Soziale Praxis, die ein Reichsarbeitsamt fordert, wenn man diese Worte auch als Motto der amtlichen Streifstatistik in Deutschland vorsetzen könnte!

Unsere anfängliche Auffassung über die Streifstatistik des Grafen Posadowsky hat sich bestätigt. Immer deutlicher zeigt sich in den Bestimmungen der Pferdefuchs des rätschlosen Arbeitertunzes, der Scharfmacher, wenn sogar ein so monarchisch und ordnungsparteitisch gefestetes Organ, wie die Soziale Praxis, ein solches vernichtendes Urteil fällt.

In die Zeit der Sozialreaktion von oben, der Entrichtungsgesetze und Unterdrückungsvorlagen, gehörte diese Polizeistatistik. Büttel, Gefängnis, Polizeisichtane und Maßregelung drohen hinter diesen „Erhebungen“, die den ungeeigneten, den unberufenen, den zu sozialpolitischen Aufgaben unaugeläufigen Organen anvertraut werden sollen.

Die deutsche Polizeipraxis mit ihren diskretionären Vollmachten, mit der Waffe der reaktionären Vereinsgesetze, mit den Hilfsmitteln einer vom Geiste der Bielefelder und Dehnhäuser Neden erfüllten Rechtsprechung, mit ihren ewigen Eingriffen in die Lohnkämpfe, in die Thätigkeit der Gewerkschaften, ist wahrlich das geeignete Werkzeug für die Aufnahme einer Streifstatistik im Sinne und nach dem Wunsche des Wahlkriesschreibers Posadowsky und des Königs Stumm.

In das England des Jahres 1800 geht die deutsche Reaktion zurück, um das Buchhaus als Strafe für die Arbeiterklasse zu statuieren, das moderne England mit seinem Arbeiterschutz meidet sie. Sie treibt Statistik, wie sie Koalitionspolitik treibt, polizistisch-brutal, im Dienste der Magnaten vom Schlot und vom Destillierhafen, nicht durch ein reichsstädtisches Arbeitsamt, durch wissenschaftlich korrekte Erhebungen mit allem Zubehör britischer Enquêtes, nicht durch sachliche Untersuchung, durch Hinzuziehung der Arbeiterorganisationen: nein, polizistisch, nach Schema F wird im Kleine der Gottesfurcht und frommen Sitten“, im Großindustriestaate Deutschland Auslandsstatistik „gemacht“.

Die Reaktion organisiert eine Erhebungswise, die ein Hohn auf eine sachliche Statistik ist, sie formuliert Fragen für — den Staatsanwalt, sie öffnet nicht die Bahn zur Erhebung der materiellen Arbeiterzustände, sondern zum Kerker, sie vollendet ihre Aufgabe, die in industriellem Brüderlichkeit zu konsolidieren, unter der willigen Assistenz von Büttelstatistik und Strafantragsformularen.

Das großkapitalistische Interesse distanziert die Wege der deutschen „Sozialreform von Oben“. Die geplante Streifstatistik erscheint nach ihrer Anlage als eine „Spottgeburt von Dreck und Feuer“, gut genug, der Berümmung des Koalitionsreiches Vorjub zu leisten, ein Erzeugnis und ein Kampfmittel des Polizeigegenseites.

Allerlei aus der „Begründung“ der Militärvorlage.

Über die zaristische Friedenskundgebung spricht die „Begründung“ in ihrem einleitenden Teile. Man weiß, daß die deutsche Reichsregierung die berufene Friedenskonferenz beschließen wird und daß sie ihre Zustimmung zu dem Manufeste Nikolais II. ausgesprochen hat. Trotzdem aber oder gerade deswegen — denn niemand hat die russische Kundgebung ernst genommen — soll stark und fortgesetzt gerüstet werden. Wir lesen in den Motiven:

Die Verhältnisse, welche vor fünf Jahren die Verstärkung unserer Armee notwendig machten, haben sich nicht geändert. Nach wie vor ist Deutschland infolge seiner geographischen Lage bedroht; die Intrusionen der Nachbarstaaten sind auch in der Zwischenzeit planmäßig und mit einem großen Aufwand von Mitteln fortgesetzt worden. Bwar bietet die Friedenskundgebung Sr. Majestät des Kaisers von Russland die Gewähr, daß zur Zeit ein Angriffskrieg von dieser Seite nicht beabsichtigt wird, aber eine Abrüstung ist nirgends erfolgt und unter den jetzigen Verhältnissen auch kaum zu erwarten.

Also die Schraube ohne Ende.

Vorher stellt sich in alter traditioneller Bescheidenheit die Reichsregierung ein lobendes Zeugnis aus:

Mit lebhafter Gemüthsruhe darf das deutsche Volk auf die leichtverlorenen Jahre zurückblicken; eine weise Politik, gestützt auf eine starke, friegsberette Armee, hat sie den Frieden in allen politischen Wechselspielen bewahrt.

für die Minne hier!“ sprach sie murmelnd vor sich hin. „Vor Zeiten; ach, vor langen Zeiten!“ Dann aber trieb sie zu rascher Rückkehr in das Haus, denn ein Abendwind hob sich und rauschte durch die Wipfel der Bäume.

Dagmar ging mit unhebbaren Schritten, da sie dem Gelöb vorbeitamen, worin sie Heudan, die Dogge, eingesperrt hatte. „Morgen, mein Hund,“ sprach sie leise gegen die verriegelte Thür; „ich hol Dich früh!“ Aber der Hund schien zu schlafen; es blieb alles still.

Und bald lag sie in dem schmalen Bettchen in der Klemente der Vase: aus dem großen Himmelbett scholl bald das gleichmäßige Atmen einer ruhig Schlafenden; von dem jungfräulichen Lager hob sich in dem zweifelhaften Mondlicht noch ein blasses Köpfschen, das schwarze Haar in ein weiches Seidenney gehüllt. „O Mutter der Gnaden,“ flüsterte das Kind, „ich habe sie beide belogen, Heudan erst, den Hund, und dann die gute Vase! Ach, Heilige, aber wenn man erst so alt ist! Sie verstanden das doch beide nicht!“ Dann legte sie die Hände über die junge Brust, und sanft, wie eine Wolke kam der Schlaf.

— Rolf Lembeck wanderte indessen mit langsamem Schritte heimwärts; er wußte wohl, auf Dornen erwartete ihn auch ein schönes Weib, und sie war sein mit allen ihren Bonnen; aber ihn überfiel es, als fürchte er die starren Weiberarme und ging den Weg hinab wie in ein Thal des Todes.

Durch alle Gefahren aber fand die Minne ihren Weg. Rolf, der Leichtlebende, wie das schuld- und truglose Kind, sie waren beide plötzlich klug geworden und reich an Plänen und an List; denn Minne schaute ihre Sinne und gab ihnen zum Schild die trüumerische Voricht. Und alles fügte

Ob der Wasserpatroldismus mit seinen Ausdehnungs- und „Pacht“ geläufig, der uns ein Kolonialgebiet nach dem anderen und damit eine gefestigte Konfliktsgefahr aufhält, ob die zollpolitischen Verlehrtheiten agrarischer Sperrmaßregeln, ob die Bestrebungen der Überseeromantik den Ehrennamen einer „weisen Politik“ verdienen? Die kapitalistischen und feudalen Nutznieder der illuminierten, dekorativen, auf das Prestige wirtschaftenden Politik werden darüber freilich anders urteilen, als die große Masse des bedrückten und gezeichneten Volkes.

Welch ein Trost angesichts des steilen, schwelnd raschen Aufstieges der aus dem Sädel des gemeinen Mannes gebrechten, von ihm auch persönlich in erster Reihe getragenen Heereslasten, daß dem Hund der Schwanz nicht auf einmal abgehackt wird, sondern Stückweise. Die Begründung sagt es ja, daß „die gegenwärtige militärische und politische Lage die Möglichkeit gebe, von dem System plötzlicher erheblicher Heeresverstärkungen abzugehen und statt dessen einen planmäßigen, ruhigen Ausbau ins Auge zu fassen“. Das sei ein „Vorzug“ nicht bloß in militärischer, sondern auch in „volkswirtschaftlicher“ Beziehung.

Doch dabei das Budgetrecht des Reichstages, das mächtigste Machtmittel gegen die Regierung, thatsächlich in die Pilze geht, daß das Parlament sich auf absehbare Zeiten bindet und sich aus einer gesetzgebenden Körperschaft zu einem geldbewilligenden Automaten umbildet, thut wohl nichts zur Sache.

Wenn wir die Regierungsvorlage glauben schenken, soll beliebt nicht das deutsche Heer ins ungemeine vergrößert werden. 1893 wurde die Friedenspräsenzstärke bis zum 1. April 1899 auf 470229 Mann festgelegt, die neue Vorlage will für fünf Jahre (vom 1. Oktober 1899 bis zum 31. März 1903) die Zahl von 502506 Gemeinen, Gefreiten, Obergefreiten festsetzen. Um diese Erhöhung zu rechtfertigen, werden die gestern von uns schon charakterisierten Zahlenunterschieden mit den französischen und russischen Armeenzielen ausgeführt. Dabei mehrt sich die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres von Jahr zu Jahr. Und dann beteuert die „Begründung“:

„Sie mehr wir darauf verzichten, unsern etwaigen Gegnern in der Stärke unseres Heeres und in der Menge der Formationen gleichkommen zu wollen, um so zwingender ist die Notwendigkeit, leichter durch Beteiligung einer starken, allen Aufgaben gewachsenen Artillerie dasjenige Mass von Kraft und innerer Festigkeit zu geben, welches selbst gegen die Überlegenheit an Zahl zum Siege führt.“

Mit diesem Nehrmeine klingt jede Heeresvorlage aus. Der Militarismus ist in seiner Art bereit, er plädiert für die Notwendigkeit seines Ausbaues, seiner Machtenfaltung, seines Wachstumsmits mit pathetischem Eifer. Er ist sich seiner Tendenz, seiner Aufgabe bewußt, Wirtschaft, Werkzeug, Schwäche der herrschenden Klasse, eine Lebensbedingung des Klassenstaates“ ist“ sein.

So möge denn das werthafte Volk die Gelder für die Erhaltung der kapitalistischen Machtverhältnisse hergeben, an fortlauenden Ausgaben jährlich 27388000 Mk. an ehemaligen Ausgaben nach der Schätzung 132778000 Mk.

Trotzdem heißt es dann, daß von den 27388000 Mk. für 1899 „nur 6991000 Mk. gefordert werden, während der Rest sich auf die Jahre 1900 bis 1903 verteilt.“

Was versprechen ferner die 132778000 Mk., wenn die Begründung sonst so ausläuft?

Nach hieron ist für 1899 nur ein Betrag von 48805000 Mk. erforderlich; die Bewilligung des Restbetrages wird erst für die späteren Jahre beantragt werden.

„Nur!“ Es gibt „nur“ Geld für Heer und Flotte, bei Kultuszwecken wird geprahlt und gelangt.

Politische Übersicht.

Eine Rede Chamberlain's über Englands Verhältnis zu Frankreich, Russland und Deutschland.

Eine bedeutsame Rede hat gestern in Wakefield der britische Kolonialminister Chamberlain gehalten. Er sprach über das Verhältnis des Vereinigten Königreichs zu Frankreich und Russland. Seine scharfe Kritik der französischen Haltung ist um so beachtenswerter, als sie unmittelbar nach der aussätzigen Rede des britischen Botschafters in Paris, Sir Edmond Monson, einsetzt.

Vor allem aber ist für uns in der Chamberlain'schen Kundgebung das wichtig, was er über Englands Beziehungen zum deutschen Reiche sagt. Dadurch wird ein helles Streiflicht auf die Art des englisch-deutschen Abkommens, der „Entente“ geworfen.

Chamberlain sagte also gestern in Wakefield bezüglich Frankreichs, die Zukunft sei noch immer ungewiß und hänge

von der Frage ab, bis zu welchem Punkte es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen.

Er wünsche eine herzliche Freundschaft zwischen beiden Ländern, doch sei diese Freundschaft unverträglich mit der Politik der Erbitterung und Schikanen, die seit so vielen Jahren begolgt werde.

Er besprach sodann die chinesischen Angelegenheiten und sagte, er glaube, die Vereinigung mit Russland sei zu wünschen, er könne sogar sagen, sei notwendig. Wofern nicht sehr erneute Entwicklung eintraten, stelle sich kein unüberwindliches Hindernis einer freundlichen Regelung entgegen, die die vorausliegenden Bestrebungen mit der entschiedenen Politik Englands verjähne. Am Schlusse seiner Aufführungen über die Aufrechterhaltung eines freien Handels in China sagte der Minister: „Ich glaube, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung wohl begründet sind. Denn unsere Interessen werden von Japan, Deutschland und Amerika geleistet; alle haben sie die gleichen Interessen.“ Chamberlain führte eine Stelle der letzten Wortschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an und sagte, er glaube, in Zukunft würden die Engländer nicht die einzigen Wächter der „offenen Thür“ sein.

Er wandte sich sodann der Frage der Allianzen zu und sagte: „Wir sind bereit, unsere eigenen Besitzungen und unsere ausschließlichen Interessen allein zu verteidigen. Dafür verlangen wir keine Hilfe, dafür haben wir keine Allianz nötig. Aber es gibt andere Interessen, die wir mit anderen teilen. Wir haben mittels eines freundlichen und redlichen Gesprächsaustausches festgestellt, daß es sehr wichtige Fragen gibt, die die deutschen Interessen ebenso wie die englischen Interessen berühren. Wir können uns verständigen und helfen und können unterscheiden, in diesen Fragen einer die Politik des anderen zu behindern, und ein Augenblick der Überlegung wird beweisen, daß die englischen und die deutschen Interessen in keinem Teile der anderen in ernstlichem Widerstreit sind. Ich glaube daher, wir können hoffen, daß in Zukunft die beiden Nationen, die größte Flottenmacht und die größte militärische Macht, sich häufiger einander nähern können, und daß unser gemeinsamer Einfluß im Interesse des Friedens und des freien Handels angewendet werden kann. Wer wird in diesem Falle mächtiger sein, als der Einfluß der einen oder der anderen Macht allein?“

Inzwischen ist angesichts der jetzigen Weltlage die Freundschaft Englands nicht zu verachten. Ich kann unseren deutschen Freunden die Versicherung geben, daß, wenn jemals unsere Intressen nicht die gleichen sind, wenn je unsere Ziele nicht von ihnen genehmigt werden, wir ihre Mitwirkung nicht von ihnen verlangen und sie nicht wollen werden. Über einstweilen behauptet ich, daß diese Entente (Einverständnis) mit Deutschland ein Erfolg ist, und nicht der geringste berjenigen, die die Regierung erreicht hat.

Wenn ich Sie, meine Herren, zu der Entwicklung der guten Gesinnungen zwischen uns und der großen Festlandsmacht beglückwünsche, so freue ich mich noch mehr über die Entwicklung der freundlichen Beziehungen zwischen uns und unseren Kolonien, sowie zwischen uns und den Vereinigten Staaten. Wenn wir die Freundschaft der angelsächsischen Rasse besiegen, bleibt es keine andere Konvention, die uns Frecht einslösen könnte.“

Deutsches Reich.

Der neue Kolonialatlas

enthält bekanntlich eine Reihe neuer Forderungen; unsere „Weltpolitik“ trägt erheblich neben dem Militäretat bei zu dem Reunig Millionen-Deficit des Reichshaushaltsetats.

Für das ostafrikanische Schuhgebiet wird der Reichszuschuß von 3805200 Mk. auf 5985500 Mk. erhöht. Die Eigen-einnahmen erhöhen sich nur um 350000 Mk. Von den Wehr-ausgaben in der Höhe von 2180300 Mk. kommen 312313 Mk. auf die fortdauernden Ausgaben; neue Beamte und Schreiber sollen angestellt, eine Kulturstation für tropische Gewächse soll in einer teureren Lage (60000 Mk.) angelegt werden.

Unter den einmaligen Ausgaben erscheint an erster Stelle die erste Rate des für die Marine bestimmten Schwimmdocks in Dar-es-Salaam in Höhe von 300000 Mk. (600000 Mk. soll die Anlage kosten).

Den Hauptteil der Mehrkosten erheben die Eisenbahnbauten. Im Vorjahr hatte der Reichstag, ohne sich zu präjudizieren, 172000 Mk. bewilligt, um die Uhambarabahn auf der bisher erbauten Strecke Tanga-Muhesa vor Verfall zu

mit einem Hund! Und doch — auch bald nicht mehr; wer weiß?

Und eines Morgens sprach er zu dem Mitter: „Wisset, Herr, drunter in Haderslev hat ein junger Schmied, der eben aus dem Reich gekommen ist, ein neues Schießwerk hingebracht: es ist ein eisener Rohr und wird mit einem Pulver draus geschossen! So's Euch gefällt, wir könnten einmal hinüberreiten!“

„Heiliger Hubertus!“ rief Herr Rolf; „kümmert Gas-pard der Nabe sich auch um Schießzeug?“

Der Schreiber warf von unten seine schärfen Blicke auf den Frager: „Wenn ich nur treffen könnte!“ sagte er.

Da lachte Wolf Lembeck: „So komm! Ich lenne die Feuerkugel schon von Prag; wer weiß, ob nicht Dein Treffer drin sitzt?“

„Vielleicht,“ erwiderte Gas-pard, und da der andere nach dem Reitstall schritt, sah er ihm nach, als sähe er auf seine Beute.

In kurzem ritten sie auf Haderslev. Es war zu Ende Juni; Wolf hatte sein Mantelchen schon auf des Rappens Hals gelegt, denn die Sonne brannte; Gas-pard warf die Gugelkappe in den Nacken. So ritten sie in dem goldenen Staub der Heerstraße durch das Kirchdorf Hammel; die Bauernkinder lagen im Sande vor den Hütten und wiesen mit den Fingern auf den schmucken Reiter. Von da führte der Weg durch den Wald, und die Rossen traten vorsichtig zwischen die Eichen- und Buchenwurzeln. Der Mitter blies den Atem von sich: „Ah, Gas-pard, das ging schier um Gefangenwerden!“

(Fortsetzung folgt.)

sich, als ob es helfen sollte: die Vase hatte bei dem Nachgang ihren Fluss im Kopf verschlimmt; den Schloßhauptmann hielt der König noch in Wordingborg. Wolf Lembeck war erlaucht sich bei seinem Weibe nur durch erzwungene Zärtlichkeit die flüchtigen Stunden seines echten Minneglückes; und mitunter, wenn er sie umfangen wollte, setzte sie ihre schöne Faust gegen seine Brust und sah ihm prüfend in die Augen, ob seine Seele auch dabei sei; und so geschah es unterweilen, daß sie plötzlich seine Arme von sich warf und schweigend aus der Thür schritt. — Und als zu Haderslevs der Schloßhauptmann aus Wordingborg heimkam, da trug ihm wohl die Tochter ein schweres Herz entgegen, und als er ihr die Wangen strich und fragt: „Was ist mit meiner Dagmar?“ da schlüpfte sie nur den Kopf und sah zu Boden, und nicht wie früher in das geliebte und gefürchtete Antlitz über ihr; und zu sich selber sprach sie: „O brennend Leid! Wem soll ich reden, wem soll ich schweigen?“ Doch es ward nicht laut; sie schwieg nur für den fremden Mann, und ein Weh durchslog sie wie einstmals in der Pestzeit, als sei sie nicht mehr ihres Vaters Kind; doch war es heute nicht ihres Vaters Schuld.

So schien die Heimlichkeit geborgen; aber ein Durchblick von einem Sandkorns Umfang konnte sie verraten. Schon mehrmals hatte Frau Wulfhild ihren Schreiber angehalten: „Nun, Gas-pard, wo bleibt die Puppe?“ und er hatte geantwortet: „Verzeihet, Frauenwünsche sind schneller noch als Männerarbeit!“ Gleichwohl trug er schon etwas in seinen Sinnen; nur wollte er es untreif nicht herausgeben. Er hatte auch einmal vom Wege aus des Schloßhauptmanns Tochter über die Gartenmauer leben lassen; und auch zu ihm hatte die Dogge, die mit den Bordertagen zwischen den Zinnen stand, daß gewaltige Gebell hinabgefandt. „Hm, ein Kind noch!“ hatte er bei sich gemurmelt; sein Kind

schülen. Jetzt wird verlangt, der Ostafrikanischen Gesellschaft diese Bahnstrecke für 1300000 Mk. abzukaufen. Die Gesellschaft selbst hat darauf 2800000 Mk. verwandt. Auch diese kleine Strecke kann erst in Betrieb genommen werden, nachdem noch weitere 300000 Mk. auf ihre Instandsetzung verwandt worden sind. Alsdann erhält die Strecke für ein Jahr einen Betriebszuschuß von 116000 Mk. beim täglichen Verkehr eines einzigen Buges in jeder Richtung. Weiterhin aber soll die Strecke Muhefa-Korowie gebaut werden für einen Kostenaufwand von 2170000 Mk., wovon eine erste Rate von 250000 Mark in den Staat eingesetzt ist.

Das Schutzgebiet von Kamerun erforderte früher gar keinen Reichszuschuß. Dann erhielt es zu Kapitulationsverhandlungen einmalige Reichszuschüsse von 2518710 Mk. mit der Verpflichtung, sie in Jahresraten von 90750 Mk. zurückzuzahlen. Diese Rückzahlungen aber haben schon seit 1896 aufgehört. An deren Stelle sind weitere Reichszuschüsse gekommen. Für 1899 soll der Reichszuschuß von 814100 Mk. auf 938400 Mk. erhöht werden. Die Erhöhung wird besonders verlangt, um die Schutzeinheiten um weitere hundert Farbige und damit auf 2 Compagnien zu je 200 Farbigen zu erhöhen. In den Vorjahren kam man bis zu den Großthalen von Leist und Wehlau in Kamerun mit einer kleinen Polizeitruppe aus.

Auch Togo verlangte früher keinerlei Zuschüsse vom Reich. Das hört von 1899 ab auf. Es wird ein Zuschuß von 254100 Mark verlangt. Auch hier soll die Schutzeinheiten, die bisher 150 Mann zählten, auf 250 Mann verstärkt werden. Es werden unter den einmaligen Ausgaben 30000 Mk. verlangt zu Vorbereitungen für eine Landungsbrücke bei Lome; was die Herstellung dieser Landungsbrücke kosten kann, wird nicht gesagt. Zugleich wird mitgeteilt, daß künftig die Verbindung der einzelnen Küstenorte durch eine Schmalspurbahn von Lome nach Klein-Popo in Aussicht genommen sei. Auch hier begegnen wir also einer Ankündigung der Herausgabe von weiteren Missionen aus Reichsmitteln.

Für das Südwestafrikanische Schutzgebiet soll der Reichszuschuß von bisher 4800000 Mk. auf 6970000 Mk. erhöht werden. Der größere Teil des Reichszuschusses wird auch hier verlangt zu Eisenbahnbauten, nämlich zur Fortführung der Eisenbahn und des Telegraphenlabels von Svalopmund nach Windhoek. Die dritte Rate für den Eisenbahnbau beträgt 2800000 Mk., 1300000 Mk. mehr als im Vorjahr. Es wird bemerkt, daß die Herstellungskosten sich etwas erhöhen werden, weil beßere Beschleunigung der Bauausführung heimliche Arbeitskräfte hinausgesandt sind. Wieviel die Bahn im ganzen kosten wird, ist nicht gesagt. Für die bereits erbaute Strecke sind an Betriebsentnahmen und Betriebsausgaben 20000 Mk. angesetzt. Man hat für den Eisenbahnbau hauptsächlich angeführt, die Erspartnis an Frachtkosten für die Beförderung dienstlicher Bedarfsgegenstände von der Küste nach den Stationen im Innern. Wie sich jetzt herausstellt aber, werden sich diese Frachtkosten nach Fertigstellung der Eisenbahn nur um 150000 Mark erhöhen und auch dann noch 400000 Mk. betragen. Eine kostspieligere Militärkolonie als Südwestafrika kann nicht wohl gedacht werden.

Ein neuer Titel in dem Staat für Südwestafrika sind 25000 Mark zu Beihilfen für sich ansiedelnde deutsche Mädchen. Es handelt sich hierbei nach den Erläuterungen um einen Versuch zur Besetzung der schwerwiegenden Nachlese, die sich für eine „deutschationale“ Entwicklung der Bevölkerung aus der Verbindung weisser Ansiedler mit eingeborenen Frauen ergeben. Zur Aufnahme deutscher Mädchen hat sich eine Menge von Familien im Schutzgebiet bereit erklärt. Die Kölnerische Volkszeitung meint, rätlicher würde es gewiß sein, die Ansiedler unter Reichshilfe nach Deutschland kommen zu lassen, damit sie sich hier verheiraten und dann mit ihren Frauen nach Afrika zurückkehren. Das würden also Reisen zur Braunschweig und Hochzeitsreisen auf Reichskosten sein.

Ein ganz neuer Titel der Reichszuschüsse für die Kolonialpolitik wird begründet, wenn der Reichstag dem Vertrag mit der Neuguineacompagnie zustimmt. Die Neuguineacompagnie hat in ihrem Gebiet bereits 11329000 Mk. verpunkt. Nunmehr soll sie aus der Reichskasse für 10 Jahre jährlich einen Zuschuß von 400000 Mk. zugesichert erhalten für ihren Wirtschaftsbetrieb. Außerdem soll die Landesverwaltung von der Compagnie auf das Reich übergehen, was schon für das Jahr 1899 neben jenen 400000 Mk. einen weiteren Reichszuschuß von 257000 Mk. bedingt.

Riautschou, das herrliche, kostet diesmal einen Zuschuß von 8½ Millionen, 8½ Mill. Mk. mehr als im Vorjahr. Civil- und Militärverwaltung erfordert dort dauernde Zuschüsse von 8224000 Mk. Der Gouverneur erhält das Ministergehalt von 36000 Mk. Die „chinesische Polizei“ kostet 5000 Mark. Marineoffiziere und Beamte erhalten zu ihrem Gehalte einen Tagesschuh von 10—15 Mk.

Schutz vor Schuhleuten.

Am Abend des 11. Juli d. J. bemerkte der Barbier Gayer, wie auf dem Mittelpunkt in Breslau der dort Posten stehende Schuhmann Wilhelm Schütz mit einem Fremden zusammen an der schon geschlossenen Thür des Gasthauses Zum Trebnitzer Hause die Klingel zog und eingeschlossen wurde. Gayer hinterließ dahinter eine Dienstwidrigkeit und Klingelte ebenfalls, erhielt aber von dem Wirt den Bescheid, daß es mit dem Besuch des Schuhmannes nichts Unrechtes auf sich habe und wurde aufgefordert, sich zu entfernen. Er ging indes nicht, sondern wartete auf die Rückkehr des Beamten, um sich selbst zu überzeugen, ob derselbe seinen Posten in pflichtwidriger Weise verlassen habe. Nach einer Weile kam Schütz in der That wieder heraus und gab sogleich seinem Unwillen gegen den Beobachter Ausdruck, indem er ihn mit gemeinen Schimpfworten regalierte und verächtlich vor ihm ausspukte. Gayer ging nun nach seiner an der alten Sandstraße gelegenen Wohnung, wo seine Frau an der Haustür auf ihn wartete. Als er gerade im Begriff war, ins Haus einzutreten, erhielt er einen heftigen Schlag auf den Nacken, ward mit Gewalt in den dunklen Flurraum gedrängt und dort von Schütz, der ihn bis dahin versorgt hatte, gräßlich mishandelt. Zuletzt setzte der Schuhmann seinem Werk die Kroate auf, indem er den Mann, den er persönlich ganz gut kannte, da er längere Zeit mit ihm in einem und demselben Hause gewohnt hätte, verhaftete und auf die Wache schleppte, angeblich, um dort seine Personalien festzustellen. Erst als das geschehen, wurde Gayer wieder in Freiheit gesetzt. Wegen dieses Excesses wurde der Schuhmann am Dienstag zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr und sofortige Verhaftung beantragt.

Chronik der Majestätsbeleidigungskontrolle.

Genosse Regenfuss aus Niedersburg, der wegen Majestäts-

befleidigung eine zweimonatliche Festungshaft verbüßt, wurde vor einiger Zeit von Ehrenbreitstein nach Weichselmünde überführt. Die hierzu nötigen zwei Reisefläge soll er absitzen, obwohl er sie doch nicht durch eigenes Verschulden nicht im Falle verbracht. Er hat deshalb Beschwerde eingelegt.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Sonnabend vor der ersten Strafammer zu Königsberg i. Pr. der Schmiedewitzer Friedrich Kohl aus Adl. Medenau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Während der Verhandlung war die öffentlichkeit ausgeschlossen. Kohl ist vor mehreren Jahren bereits wegen Majestätsbeleidigung mit zwei Monaten Gefängnis bestraft.

* Berlin, 9. Dezember. Die Zeiten ändern sich, derselbe Graf Ballerstrem, der am 7. Dezember 1898 als neu gewählter Reichstagspräsident dem Fürsten Bismarck einen patetisch-selbstlosen Nachruf widmete, hat ihm am 4. Dezember 1874 ein „Pfui“ zugesehen, als der Reichskanzler nach dem Attentat Kullmanns im Reichstag erklärte: „Ja, meine Herren, verstoßen Sie diesen Mann, wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschuhe.“ Der damalige Präsident Forckenbeck rügte den Pfui als nicht parlamentarisch, worauf Bismarck erklärte: „Meine Herren! der Herr Präsident hat schon gerügt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank sitzt, rügen wollte, obwohl rügen nicht mein Beruf ist. Über ich wollte meine Meinung darüber äußern. „Pfui!“ ist ein Ausdruck des Flehs und der Verachtung. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß mir diese Gefühle fern liegen. Ich bin nur zu höflich, sie auszusprechen.“

Dass Bismarcks Tod in der Thronrede nicht erwähnt ist, wird nach dem Schwäbischen Merkur in weiten Kreisen der Abgeordneten „schmerzlich vermisst“. Auch die Bismarckischen Verl. Neuest. Nachr. erklären: „Angesichts der Aufzählung aller möglichen Gegenstände in der ungewöhnlich langen Thronrede mußte die Nichterwähnung des für Deutschland wichtigsten und zugleich schmerzlichsten Ereignisses dieses Jahres allerdings doppelt auffallen.“

Die Nationalzeitung teilt mit, die Regierungen hätten sich in der Lippeischen Angelegenheit nunmehr dahin verständigt, daß der Bundesrat die Berechtigung der Lippe-Bremelsdorfschen Gesetzgebung zur Regelung der Erfolgsfrage anerlernen wird. Diesem Beschluss soll eine Erklärung vorausgeschickt werden, daß der Bundesrat sich zwar für zuständig halte, von dieser Zuständigkeit aber keinen Gebrauch machen wolle.

Eine höfliche Absage Jan Pöhl die Aspirationen des Kaiserlichen Schwagers, des Schauburgers! Wird nun in Braunschweig ein Platz frei werden? —

Das neue Generalkommando, das am 1. April 1899 für Preußen errichtet werden soll, wird seinen Standort in Frankfurt a. M. haben. —

Die herrliche lex Heinze soll von der Regierung dem Reichstag noch vor Weihnachten unterbreitet werden.

Das Centrum hat seinen Antrag zur lex Heinze noch besonders wieder eingebracht. Doppelt genährt hält besser. —

Eine Vereinsgesetzenovelle soll, wie den Münchener Neuest. Nachrichten von „gut unterrichteter Seite“ versichert wird, im preußischen Landtag nicht eingebraucht werden. Um so entschiedener muß verlangt werden, daß das Koalitionsverbot für Vereine durch Reichsgesetz aufgehoben wird, da bekanntlich der Reichskanzler die Aufhebung dieses Verbots bis zum Auftreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 bestimmt zugesagt hat. —

Die ministerielle Verl. Korresp. wendet sich gegen die in einzelnen Blättern, besonders in der Hamburger Börse, ausgeprochene Vermutung, daß die Mittel der Reichsbank neuerdings in großem Umfang von der agrarischen Rumpstation, der Centralgenossenschaftskasse in Anspruch genommen würden. Seit Ende September habe die Centralgenossenschaftskasse tatsächlich den Wechselkredit der Reichsbank nicht mehr in Anspruch genommen. Die von der Verl. Korresp. angeführten Zahlen zeigen, daß die Einlösung der bei der Reichsbank diskontierten Wechsel, die übrigens nach der Verl. Korresp. fast zur Hälfte aus den mittleren und kleinen Handels- und Gewerbekreisen stammen, tatsächlich in bar und durchaus nicht mit durch Reudisiburg beschafften Mitteln erfolgt. Man wird zugeben, daß hier nach einer dauernden direkten Beanspruchung der Reichsbank durch die Centralgenossenschaftskasse nicht erfolgt ist; nur das Septemberende fällt in dieser Beziehung einigermaßen ins Gewicht. Nicht beantwortet wird durch die Verl. Korresp. die Frage der indirekten Beanspruchung der Reichsbank durch Transaktionen der Centralgenossenschaftskasse. Hierüber könnte nur die letztere authentische Auskunft erteilen. Es ist notorisch, daß die Kasse mit ihren Mitteln nicht auskommt und diese an offener Börse zu ergänzen sucht. Es ist ferner anzunehmen, daß die Preußenkasse auch von der Seehandlung Mittel entnimmt. Eine Rückwirkung derartiger Vorgänge auf den Status der Reichsbank liegt, so bemerkt die Frankf. Rtg., nahe; um den Umsatz einer derartigen Rückwirkung beurteilen zu können, müßte man freilich einen klareren Einblick in die Geschäftsführung der Centralgenossenschaftskasse besitzen, als es bisher der Fall ist. —

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat das Vermächtnis (500000 Mk.) des Professors Baron für Gründung eines vegetarischen Kinderheims nach einer lebhaften Debatte, in der Birckow für Ablehnung sprach, mit 53 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Das Legat Simon Bloß mit der Denkmallausetzung der Reichsbank durch die Centralgenossenschaftskasse nicht erfolgt ist; nur das Septemberende fällt in dieser Beziehung einigermaßen ins Gewicht. Nicht beantwortet wird durch die Verl. Korresp. die Frage der indirekten Beanspruchung der Reichsbank durch Transaktionen der Centralgenossenschaftskasse. Hierüber könnte nur die letztere authentische Auskunft erteilen. Es ist notorisch, daß die Kasse mit ihren Mitteln nicht auskommt und diese an offener Börse zu ergänzen sucht. Es ist ferner anzunehmen, daß die Preußenkasse auch von der Seehandlung Mittel entnimmt. Eine Rückwirkung derartiger Vorgänge auf den Status der Reichsbank liegt, so bemerkt die Frankf. Rtg., nahe; um den Umsatz einer derartigen Rückwirkung beurteilen zu können, müßte man freilich einen klareren Einblick in die Geschäftsführung der Centralgenossenschaftskasse besitzen, als es bisher der Fall ist. —

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat das Vermächtnis (500000 Mk.) des Professors Baron für Gründung eines vegetarischen Kinderheims nach einer lebhaften Debatte, in der Birckow für Ablehnung sprach, mit 53 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Das Legat Simon Bloß mit der Denkmallausetzung der Reichsbank durch die Centralgenossenschaftskasse nicht erfolgt ist; nur das Septemberende fällt in dieser Beziehung einigermaßen ins Gewicht. Nicht beantwortet wird durch die Verl. Korresp. die Frage der indirekten Beanspruchung der Reichsbank durch Transaktionen der Centralgenossenschaftskasse. Hierüber könnte nur die letztere authentische Auskunft erteilen. Es ist notorisch, daß die Kasse mit ihren Mitteln nicht auskommt und diese an offener Börse zu ergänzen sucht. Es ist ferner anzunehmen, daß die Preußenkasse auch von der Seehandlung Mittel entnimmt. Eine Rückwirkung derartiger Vorgänge auf den Status der Reichsbank liegt, so bemerkt die Frankf. Rtg., nahe; um den Umsatz einer derartigen Rückwirkung beurteilen zu können, müßte man freilich einen klareren Einblick in die Geschäftsführung der Centralgenossenschaftskasse besitzen, als es bisher der Fall ist. —

Bon der Kölner. Immer schärfere und ungerechtsertigste Maßnahmen bringt Oberpräsident v. Kölle gegen die dänischen Optanten in Nordschleswig zur Anwendung. Dem Berliner Tageblatt wurde, wie schon kurz gemeldet, aus Kopenhagen telegraphiert: Am Dienstag waren viele dänische Eltern vor den Amtsrichter Jahr in Nordborg erschienen. Der Amtsrichter forderte in seiner Eigenschaft als Obervormund alle Eltern auf, ihre Kinder, die Schulen in Dänemark besuchten, sofort zurückzurufen. Die Auflösung wurde von allen Eltern mit einer energischen

Weigerung beantwortet. Der Amtsrichter drohte nun, den Eltern das Elternrecht zu entziehen. Ein hochstehender Beamter in Nordschleswig erklärte dazu, daß alle jungen Nordschleswiger in der nächsten Zeit aus Dänemark zurückgerufen werden sollen. Oberpräsident v. Kölle hat erklärt, daß diese Maßregel derartig durchzuführen wäre, daß alle in Nordschleswig wohnenden dänischen Optanten vor die Wahl gestellt werden sollen, entweder ihre Kinder, die in Dänemark Schulunterricht erhalten, zurückzurufen oder selbst ausgewiesen zu werden!

Eine solche Maßnahme ist unzulässig, denn in dem Staatsvertrag von 1864 ist den dänischen Optanten ausdrücklich zugesichert, daß sie in ihrer Person und in ihrem Eigentum leinen Schaden erleiden sollen.

Als Wirkung der Kölnerischen Ausweisungspolitik konstatiert der Hamb. Korresp. mit Genugthuung, daß das dänische Blatt Glensborg Avis in Glensburg augenblicklich nicht, wie sonst, wenn es vom dänischen Hof spricht, einfach sagt: Fra Høstet (Vom Hofe), sondern Fra det danske Hof. Holossal!

Die dänischen Erwiderungen auf die Ausweisungen haben jetzt die deutschen Geschäftslente täglich zu spüren. Als neuerliches Beispiel hierfür sei folgender Brief einer dänischen Firma an ein Nürnberger Haus, abgedruckt in der Frankfurter Zeitung, citeriert:

Als Folge von Deutschlands verschiedenen Ausweisungen, ja gleichsam Verfolgungen gegen unsere Landsleute in Schleswig, breche ich hiermit jede Verbindung mit Ihrem Lande ab und annulliere auch den in Nota habenden Hopfenauflag.

Auch ein Dementi. Gegenüber einer Mitteilung der Blätter, wonach durch die Intervention zweier Flügeladjutanten drei wegen Misshandlung bestraft Danziger Schuhleute eine Audienz beim Kaiser verlangt hätten, erklärt der Generaladjutant v. Preußen in einer Zukunft an die Blätter, daß die betreffenden Schuhleute eine Audienz beim Kaiser nicht erlangt hätten und daß der Danziger Staatsanwalt seitens der beiden Flügeladjutanten vom Dienste eine Anweisung zur Aussetzung des Strafantrittes nicht zugegangen sei, ferner, daß die Thätigkeit der beiden Flügeladjutanten in diesem Falle sich darauf beschränkt habe, daß sie den betreffenden Schuhleuten die Abgabe eines Guadengesuches bescheinigt hätten.

In den neuen Verträgen über die subventionierten Postdampferlinien des Reiches nach Ostasien und Australien lautet die agrarische Klausel in Art. 27 wörtlich wie folgt: „Der Reichskanzler ist befugt, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrenziert, vor der Einfahrt durch die Reichsdampfer nach deutschen, niederländischen und belgischen Häfen auszuschließen.“

Ferner ist in dem Vertrage bestimmt, daß farbige Mannschaften auf der australischen Linie überhaupt nicht, auf der chinesischen und japanischen Hauptlinie nur für den Dienst in den Maschinen- und Kesselsäumen insofern verwandt werden dürfen, als die Verwendung europäischer Mannschaften aus Gesundheitsrücksichten unthunlich ist. Ausnahmen sind mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. Ferner ist in Art. 14 bestimmt, daß der Kohlenbedarf für die in die Linie einstießenden Dampfer durch deutsches Erzeugnis zu decken ist, wobei die Einnahme desselben in deutschen Häfen oder in den anzulaufenden niederländischen oder belgischen Häfen erfolgt. Abweichungen sind mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. In denselben Häfen ist der Proviant thunlich aus deutschen Dullen zu beziehen.

Über die Wahl des Reichstagspräsidenten schreibt die Germania, das Berliner Centrumblatt:

So hat denn der Reichstag ein neues Präsidium: Graf Ballerstrem — Dr. v. Frey — Heinrich Schmidt erhalten. Es spiegelt mit dem aus dem ausschlaggebenden Centrum entnommenen Präsidenten Graf Ballerstrem die Zusammensetzung des Reichstages und zugleich die beiden Partikombinationen wieder: die „positive Mehrheit“ und die „Abwehrmehrheit“. Aus diesem Grunde war es auch unthunlich, die ganze Linie vom Präsidium auszuschließen und einen nationalliberalen Vicepräsidenten zu wählen.

Neue Monarchenreisen in Sicht. Der Besuch Kaiser Wilhelms in Rom wird nach einer römischen Meldung der Schlesischen Zeitung im März erwartet, wo in seiner Gegenwart die Wandgemälde Prells im Hause der deutschen Botschaft, dem Palazzo Caffarelli, enthüllt werden sollen. Der Kronprinz von Preußen soll, wie Londoner Hofkreise erfahren haben wollen, im nächsten Jahre eine Fahrt nach Amerika antreten und im strengsten Insolognito ganz Amerika bereisen. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm ist am 6. Mai 1882 geboren.

Die Einsetzung einer Reichskommission, die den Zustand mehrerer Staaten gemeinsam Wasserstrafen und zwar mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse der angrenzenden Städte und Orte und der Schiffe sowie mit Rücksicht auf die Flüchtlings zu beaufsichtigen hätte, ist bekanntlich im Reichstag von den Nationalliberalen beantragt worden.

Nach der Nationalallianz, Korresp. hat der Antrag in erster Linie die Abstellung von Militärs im Auge, die sich am Rhein und insbesondere auf der Strecke zwischen Mannheim und Bingen führt gemacht haben. Die Stadt Mannheim trägt sich mit der Abfahrt, die Galaten in den Rhein abzuleiten. Das gleiche plant man in Karlsruhe, und allem Anschein nach werden Ludwigshafen und Mainz nachfolgen.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage in Ungarn.

Budapest, 8. Dezbr. Infolge der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Annahme des Tisza'schen Entwurfes im eminientesten Sinne eine Parteidoktrine sei, sind heute zehn Mitglieder aus der Regierungspartei ausgetreten, darunter Graf Csáky und Hieronymi. Die Gesamtzahl der Dissidenten beträgt einundzwanzig, es werden höchstens noch fünf bis sechs Austrittserklärungen erwartet. Die liberalen Blätter fassen die Secession als Klärung der Parteidoktrin auf, da nach dem Austritt der unzulässigen Elemente, die innere Konzentrierung der Regierungspartei, die noch über eine Zweidrittel-Mehrheit verfügt, gefördert wird. Die oppositionelle Presse hingegen erblickt in der Secession einen beginnenden Auflösungsprozeß der Mehrheit. Es wird jedoch angegeben, daß die Regierung „unerschüttert steht“ und auf den baldigen Rücktritt des Kabinetts nicht zu rechnen sei.

Die Situation bleibt andauernd kritisch. Bisher haben erst 236 Abgeordnete von der Magyarokmehrheit Bansfys den Antrag Tisza unterschrieben, dagegen 30 den Austritt aus dem liberalen Club angezeigt. Am Sonntag begibt sich Tisza nach Wien, um vom Kaiser die Sanction der lex Tisza zu erbitten.

Drechsler u. Berufsgen.

Sonntag den 10. Dezember abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale des Coburger Hofs, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gansch über: Die Entwicklung des Maschinenvwesens. 2. weitere Vorschläge und Wahl zum Gesellen-Ausschuss. 3. Gewerkschaftliches.

[11878] Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, speziell der kleinen Werkstätten, zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Bau-, Erd- u. Ziegeleiarbeiter.

Sonntag den 10. Dezember abends 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Gasthof zu Hänelchen.

Tagesordnung: 1. Die gewerkschaftliche Organisation und ihre Bedeutung.

Referent O. Neumann-Leipzig. 2. Diskussion. [11872] Der Einberüter.

Achtung! Cementarbeiter.

Sonntag den 10. Dezemberpunkt 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei Spiess, Seeburgstraße 5/5.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Event. Wintervergnügen betreffs. 3. Gewerkschaftliches. [11890]

Der Einberüter.

Schönefeld.

Sonntag den 10. Dezember abends 1/2 Uhr

Oeffentliche Einwohner-Versammlung

in Frankes Salon.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeinderatswahl. 2. Ausstellung von Kandidaten.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Arbeiterverein Leutzsch

Sonntag den 10. Dezember abends halb 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei Eisert.

Tagesordnung: Vortrag von M. Wittich über: Der Sozial- und Dreifas-Projekt.

Bahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Verein Vorwärts, Markranstädt

Sonntag, den 11. Dezember abends 7/8 Uhr

Versammlung

in der Parkschänke.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Frau Dunker-Doell über: Spiel und Arbeit und ihre Bedeutung für die Kindererziehung. 2. Diskussion. [11888]

Um zahlreiches Erscheinen, besonders auch der geehrten Frauen unserer Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Maschinisten u. Heizer.

Sonntag den 11. Dezember nachmittags 3 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Restaurant Spiess, Seeburgstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Technische Formeln. Referent Kollege Wintter. 2. Diskussion hierzu. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verkaufsumschau.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der es mit seinen Interessen ehrlich meint, zu erscheinen.

[11858] Das Agitationsteam.

Kutscher, Marktshelfer u. Verfehrsarbeiter

Sonntag den 11. Dezember nachmittags 3 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Restaurant Wölkshof, Gohlis, Georgstr. 21.

Tagesordnung: 1. Die leichten Unglücksfälle in unserem Beruf und was können wir dagegen thun? 2. Gewerkschaftliches. [11860]

Kollegen! erscheint zahlreich und pünktlich.

Der Vertrauensmann.

Brauer und Berufsgenossen

von Leipzig u. Umgeg.

Sonntag den 11. Dezember nachmittags 3 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Kranken- und Unfallversicherung. Ref. Gen. Haferkorn. 2. Diskussion hierzu. 3. Gewerkschaftliches.

Der gerade für die Brauereiarbeiter äußerst lehrreiche Vortrag lädt zahlreichen Besuch der Versammlung wünschen.

D. G.

Achtung!

Achtung!

Einwohner von Gautschi!

Sonntag den 11. Dezember nachmittags 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in Matthais Gasthof.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten H. Lange, Leipzig, über: Die Bedeutung der Gemeinderatswahlen. 2. Ausstellung von Kandidaten. Zu beiden Punkten Diskussion.

[11812] Es ist Pflicht eines jeden Wählers der dritten Klasse, in dieser Versammlung zu erscheinen, sowie für dieselbe zu agitieren.

Der Einberüter.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Boller in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Sozialdemokratische Partei Stötteritz.

Sonntag den 11. Dezember nachmittags 4 Uhr [11771]

Oeffentl. Versammlung

im Gasthaus zum deutschen Haus.

Tagesordnung: 1. Vortrag vom Genossen M. Wittich, Leipzig, über: Die Wahlsysteme. 2. Diskussion. 3. Die Gemeinderatswahl und Ausstellung von Kandidaten zu derselben. 4. Verschiedenes.

Der Einberüter.

Leutzsch.

Mittwoch den 14. Dezember abends 1/2 Uhr

Einwohner-Versammlung

im Gasthaus zum Schwarzen Jäger, Leutzsch.

Tagesordnung: 1. Gemeindeangelegenheiten und Bericht über die Tätigkeit unserer Vertreter im Gemeinderat. 2. Ausstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Gemeinderatswahl. 3. Wahl eines Brillen-Vertrauensmannes. 4. Aussprache über vorstehende Punkte.

[11879] Der Einberüter.

Es steht zu erwarten, daß sich die Einwohner zahlreich einfinden, indem weitgehende Themen zur Behandlung kommen.

Der Einberüter.

Stollenmehle

aus den bestrenommierten Mühlen unter voller Garantie der Backfähigkeit

1/4 Cr. = 3.25, 3.50, 3.75, 4.00, 4.25, 4.50 Mk.

Ungarischer Kaiser aus Zug

aus der Elisabeth-Mühle in Budapest

1/4 Cr. = 5.50 Mk., 1 Cr. = 21.50 Mk.

Hochfeinste frische, garantiert reine Bayerische und Oberösterreichische Schmelzbutterm

à Pfd. 110, 115, 120 Pfg.

Molkerei-Tafel-Butter

des Molkerei-Verbandes „Kleeblatt“ à Pfd. 125 Pfg.

Cocosnussbutter

Marie Palmin à Pfd. 65 Pfg., 5 Pfd. = 3 Mk.

Ia Getreide-Presshefe

garantiert rein, fein frisch und von höchster Backfähigkeit

das Beste was es gibt, à Pfd. 70 Pfg.

Alle Backgewürze in besten Qualitäten, fein frisch gemahlen und von absoluter Reinheit; sowie Citronen, Vanille,

Vanillin und Vanillinzucker.

Albin Reichel

13 und 17 Gerberstrasse 13 und 17

Leipzig-Gohlis, Hauptstr. u. Delitzsch, Breite Str. Fernsprechanschluß 1381.

1897er grosse Cesme-Rosinen

à Pfd. 30 Pfg., 4 Pfd. = 1 Mk.

1896er Vourla-Sultaninen

à Pfd. 30 Pfg., 4 Pfd. = 1 Mk.

1898er Filiatra-Corinthen

à Pfd. 25 Pfg., bei 5 Pfd. à 23 Pfg.

1898er grosse, gewählte, süße Bari-Mandeln

à Pfd. 100 Pfg.

1898er extragrosse handverlesene Bari-Mandeln

à Pfd. 110 und 120 Pfg.

1898er Prima Genueser Citronat

à Pfd. 65 Pfg.

Sämtliche Backartikel in größter Auswahl bis zu den allerfeinsten Qualitäten zu den denkbar billigsten Preisen!

Garantiert reines Schweineschmalz

beste bekannte Marken „Radbruch“ und „Special“ à Pfd. 45 u. 48 Pfg. (in Delitzsch à Pfd. nur 40 u. 43 Pfg.)

Gesalz. u. geschmolzene Süßrahm-Margarine

beste bekannte Produkte

à Pfd. 50, 55, 60, 70—80 Pfg.

Albin Reichel

13 Gerberstrasse 13.

Fernsprechanschluß 1381.

Altes Gold und Silber

Singer-Nähmaschinen sind überall zu haben.

Germann Schub, Peterstr. 34, i. Hof. Spezialgeschäft in Nähmaschinen.

Uhrenmacher Gust. Kaniss, Lauchaer Str. 6.

Cacao

sac. rein, sehr ergiebig, nährkräftig, wohl schmeckend u. leicht verdaulich

à Pfd. 1.60 Mark.

Der Preis für eine Tasse Cacao von diesem Cacao-Pulver stellt sich auf nur 1½ g.

Verner empfiehlt ich für schwächliche Kinder u. Erwachsene meinen von ärztl. Autoritäten mit best. Erfolge verordneten ff. Hafercacao à Pfd. 1.20 Mk.

Otto Hein vorm. A. F. Fomm

Chocoindien- u. Cacao-Handlung

Königstraße 1, Nähe Mohring.

Der Westvorstadt liegt ein Prospekt

der Firma J. Lillenthal, Plagwitz,

Schochensche Straße 18, tel.

G. Heinrich in Leipzig.

Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Wängasse 7, II.

Sonntag, 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

Diskussion.

Sonntag, 11. Dezember, abends 8 Uhr

Gefälliges Beisammensein. Besprechung von einigen Neuerungen

für die Bibliothek.

Deutschkatholische Gemeindefreilieg.)

Sonntag, 11. Dez., früh 10 Uhr I. Bürgerschule:

Erbauung. Prediger Kippenberger.

Arb.-Verein Stötteritz.

Sonnabend, 10. Dez., abends 9 Uhr

Mitgliederversammlung

im Deutschen Haus.

Vor-Ort: 1. Gemeindeangelegenheiten.

2. Vorlesung. 3. Angelegenheit der Natur-

heilabteilung. 4. Verschiedenes.

[11864] Der Vorstand.

1. Beilage zu Nr. 285 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 9. Dezember 1898.

Der Heilbronner Wahlkrawall vor dem Schwurgericht.

B. Heilbronn, 9. Dezember.

Der Krawall, der am Tage der Reichstagswahl, am 24. Juni, in dem schwäbischen Städtchen Heilbronn entstand und über dessen Ursache damals so widersprechende Meldungen durch die Presse gingen, kam heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts Heilbronn zur gerichtlichen Erörterung. Wegen Aufruhrs, schweren und leichten Landfriedensbruchs haben sich 31 Angeklagte zu verantworten. Zuerst war die Anklage auf 31 Angeklagte ausgedehnt, 20 davon sind aber im Laufe der Voruntersuchung wegen Mangels an Beweisen außer Verfolgung gestellt worden. Bekanntlich hat bei dem Krawall der Bürgermeister von Heilbronn, der Reichstagsabgeordnete für den württembergischen Wahlkreis Hegelmayer, eine aktive und passive Rolle gespielt. Die Staatsanwaltschaft aber legt in ihrer Anklageschrift den Krawall der sozialdemokratischen Partei des Heilbronner Wahlkreises auf Gonto und Schilbert das Ergebnis ihrer Erhebungen wie folgt:

Der Wahlkampf zwischen den reichsparteilichen Kandidaten Hegelmayer und dem Sozialdemokraten Kässler war heftig gewesen, und insbesondere die Anhänger der konservativen Kandidatur befanden sich in großer Aufregung. Ihr Hauptquartier war das Gasthaus zur Rose, ganz nahe dem Rathaus und von ihm nur durch die schmale Rathausgasse getrennt. Die Räume dieses Gasthauses waren abends von 7 Uhr an von einer dicht gebrängten Menge besetzt. Die Stimmung soll so gereizt gewesen sein, daß sich der Kandidat Kässler und der Rosenwirt Schellner zu Beschwichtigungsreden veranlaßt haben. Nach der Anklage soll auch schon vor den abendländischen Versammlungen auf dem Marktplatz unter den Wählern Kässlers eine Kampflustige Stimmung geherrscht haben. Insofern hatte es auch der Garnisonälteste Oberstleutnant Bruckmann für gut befunden, die wenigen in Heilbronn befindlichen Militärmannschaften an jenem Abend in der Kaserne zusammenzuhalten.

Zwischen 8—10 Uhr abends schwoll die Menge auf dem Marktplatz und den anstoßenden Straßen immer mehr an. Um 10 Uhr sammelten etwa 2000 Menschen dort zusammengetroffen gewesen sein, die zunächst ein furchtbare Geschrei, Pfeifen und Gejohle anstimmten. Hochrufe auf Kässler wurden mit solchen auf Hegelmayer beantwortet. Auch die Marschallade wurde gefangen. Die Wit der Menge richtete sich, wie die Anklage sagt, insbesondere gegen die Besucher des Ratskellers, der als Vorsitz der Hegelmayerischen Partei und überhaupt der bestehenden Klasse angesehen wurde, obgleich sich an diesem Abend die Hegelmayerische Partei in der Harmonie zusammengefunden hatte. Wer zum Ratskeller hineinging oder aus ihm herauskam, wurde mit Gefahr und Hohngelächter empfangen. Es kam zu einem förmlichen Angriff auf den Ratskeller, den die Schutzmannschaft nur mit Mühe aufzuhalten vermochte.

Oberbürgermeister Hegelmayer will mit einem furcherlichen Geschrei, mit Schimpfwörtern und auch mit Steinwürfen empfangen worden sein. Da ihm die Sache ernst erschien, ließ er einen Teil der Feuerwehr rufen, um zu versuchen, ob sich die tumultuarische Masse durch Wasserstrahlen vertreiben lassen werde. Etwa 11½ Uhr rückte die Abteilung in einer Stärke von 17 Mann an und besetzte die beiden Hydranten am Marktplatz. Die Feuerwehrleute wurden mit einem wahren Hagel von Steinwürfen empfangen, der sich, als sie auf die Menge Wasser gaben, noch verstärkte. Einzelne Feuerwehrleute wurden verhöhnt, und mehrere Personen wollten sich auf sie stürzen, so daß sie sich mit dem Wasserstrahl verteidigen und ihre Hände blank ziehen mußten. Die von der Feuerwehr entsendeten Wasserstrahlen trafen das Haus des Rosenwirtshauses und die dort an dem offenen Fenster des ersten Stockes befindlichen Personen. Diese Thatsache mag das Signal zu einem förmlichen Bombardement auf den Ratskeller abgegeben haben. Im Ratskeller konnte man nachträglich eine förmliche Lcse von Pfastersteinen und Asphaltstückchen halten, von denen aber, da manche Gäste sie sich als Andenken mitnahmen, nicht mehr viele beizubringen waren. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf über 885 M. Inzwischen war der Oberamtmann, Regierungsrat Meier, auf dem Marktplatz erschienen. Dieser ließ das Spritzen auf die Menge einstellen und versuchte ohne weiteren Erfolg die Leute mündlich zu beschwichtigen.

Nicht rief Oberbürgermeister Hegelmayer die Hilfe des Militärs an, wozu der Regierungsrat nachträglich seine Genehmigung erteilte. Um 1½ Uhr marschierten die Soldaten in einer Stärke von 70 Mann unter dem Kommando des Oberstleutnants Bruckmann auf dem Marktplatz auf. Auch sie blieben nicht von Thätschelkeiten verschont, auch auf sie regnete es Steine. Ja, es sollen sich Leute mit Stöcken und Messern in blinder Wit auf die Soldaten gestürzt haben. Lieutenant Moschner wurde von einem Mann mit geballter Faust angegriffen, und später stießen auf die Posten stehenden Mannschaften aus einem Haus ein Dosen und ein Blumentopf herab. Schimpfworte, wie Depotbrüder, Sauvreusen, Schnapsprecher, Ruhe wie: Weg mit dem Militär, Schlägt sie tot, Wari!, Glöckler, Dich treffen wir wieder, wurden gehört.

Oberstleutnant Bruckmann versuchte zunächst vom Marktplatz aus die Leute durch Rufen zum Gehcen zu bewegen und begab sich, als er kein Gehör fand, auf die Terrasse des Rathauses, machte dort Zeichen mit seinem Säbel und forderte dreimal mit lauter Stimme die Leute auf, sich zu entfernen. Die Menge rührte nicht, und da gab er den Befehl zum gewaltsamen Vorgehen. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde der Marktplatz und seine Umgebung gefärbt, worauf durch einzelne Abteilungen die auf den Marktplatz

führenden Straßen abgesperrt wurden. 35 Personen wurden ermittelt, gegen die Gewaltthäufigkeiten ausgeführt worden sind. Zu den am schwersten Verletzten gehört der Rosenwirt Schellner, der einen Steinwurf auf den Hinterkopf erhielt und infolgedessen 14 Tage bettlägerig war. Die Staatsanwaltschaft behauptet aber, daß dieser Steinwurf eigentlich nicht dem Schellner, sondern dem Landjäger Seiler gegolten habe.

Viel Mühe hat die Staatsanwaltschaft auf die Untersuchung vom Umständen verwandt, die darauf hindeuten sollen, daß auch aus der Rosenwirtschaft selbst Steine, Flaschen, Gläser und Unterwäscher geworfen seien sollen. Um das zu beweisen, sind etwa 100 Zeugen geladen worden. Die Zeugen bestehen zum größeren Teil aus Schuhleuten, Feuerwehrleuten und Militärpersönlichen, aber auch ein großer Anzahl Bürger ist darunter.

Die Mehrzahl der 31 Angeklagten befindet sich in Untersuchungshaft. Von der Verteidigung, die die Reichsanwälte Rosengarten-Heilbronn und Abg. Konrad Haushmann-Stuttgart führen, wird ein umfangreicher Entlastungsbeweis angetreten werden, namentlich nach der Richtung, daß die Maßnahmen des Oberbürgermeisters Hegelmayer, besonders diese Herausziehung der Feuerwehr völlig verfehlt gewesen sind. Gerade die Maßnahmen sollen die Menge erst gereizt und zu den bösen Exessen verleitet haben.

Vom Reichstage.

Zu Schriftführern des Reichstages sind v. Normann (cons.), Pauli (Reichsp.), Hesse und Paasche (nat.-lib.), Braun und Krebs (centr.), Hermes (freis. Pv.) und Graf Külz (pole) gewählt worden.

Die Abteilungen des Reichstages sind gebildet. In der ersten Abteilung werden den Vorsitz führen Graf Hompesch bzw. Bebel; in der zweiten Freiherr v. Stumm bzw. Traeger; in der dritten Dr. Lieber bzw. Czarinski; in der vierten Rickert bzw. Singer; in der fünften Auer bzw. Mintelen; in der sechsten Graf König bzw. Möller-Duisburg; in der siebenten Büsing.

Die Elsässer haben im Reichstag die Aushebung der Diktaturgewalt und die Änderung des Wahlverfahrens für den Elsässer-Lorraine-Landesausschuß beantragt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Das ständische Wahlrecht zu den Gemeindewahlen, wie es in Chemnitz geplant ist, findet natürlich den Beifall der reaktionären Presse. Für den Vogtländischen Anzeiger ist die Sache „in der That von der höchsten Wichtigkeit, insosfern die für Chemnitz in Aussicht genommene Änderung des Kommunalwahlrechts vorausichtlich den Anstoß geben wird zu einem gleichen oder ähnlichen Vorgehen auch in anderen Städten.“

+ Großenhain, 8. Dezember. Merkwürdige Ansichten scheinen die hiesigen städtischen Kollegen — Rat und Stadtverordnete — über ihre Ausgaben als Vertreter der Interessen der Allgemeinheit zu haben. Sie beschlossen nämlich, „in Chemnitz“ eines der Stadt verlassenden Obersten Freiherrn von Strahlenheim eine Festlichkeit für sich, für die Mitglieder beider städtischer Kollegien zu veranstalten. Die Kosten dafür sollen aber aus dem Gemeindesäckel, von dem Gelde der Steuerzahler also, bezahlt werden. In der Weise kann man nur dort wirtschaften, wo man die Kritik und Begrenzung der Sozialdemokratie in den Gemeinderäten nicht zu fürchten hat.

Crimitschau, 7. Dezember. Die Stadtverordneten berieten gestern zum zweitenmal über die vom Stadtrat beschlossene Abschaffung des Stadtverordnetenwahlrechts. Der Bühnerraum war geradezu lebensgefährlich überfüllt, ein Beweis dafür, mit welchem Interesse diese Angelegenheit verfolgt wird. Als man nach anderthalbstündiger Debatte zur namentlichen Abstimmung verschrift, erklärten sich 11 Mitglieder des Kollegiums gegen und 9 für die Plänsvorlage. Der Anschlag ist also abgeschlagen. Wie es aber heißt, will der Stadtrat sich bei diesem Ergebnis nicht beruhigen, sondern die Entscheidung der Kreishauptmannschaft Zwickau anrufen.

kleine Nachrichten aus dem Bunde. Prinz Max von Sachsen ist in Würzburg mit einer Doktorfestschrift über „den hellenischen Apollonius, seine Protagonisten und seine Apologie“ zum Doktor promoviert worden. Eine der am besten unterstützten generischen Fachschulen im Königreich Sachsen ist die Fachschule für Blecharbeit in Aue, der im letzten Schuljahr insgesamt 1918 M. Zuwendungen zuflossen, und zwar von der Regierung 10000 M., vom Reichsanteile des Innern und vom Verbande der schlesischen Binkwälzer je 2000 M., von der Stadt Aue 1000 M. u. a. m. Außer diesen Zuwendungen wurde die Schule auch durch Schenkungen von wertvollen Mustern, Lehrmittel, Werkzeugen und Apparaten unterstützt. Im verlorenen Semester wurde die Schule von 55 Schülern besucht. — Die Amtshauptmannschaft Bautzen hat

für die öffentlichen Schanklokale in Neukirch die Einführung der Volksetzstunde verfügt, derzu folge diese nachts 12 Uhr geschlossen werden müssen. — Gegen das Unwesen, das sich in vielen Wirtschaften des Vogtländes findet, Schnaps in Biergläsern zu verbreiten, wird von den Behörden energisch angeklagt. So hat die Amtshauptmannschaft Auerbach ein dahingehendes Verbot an die Gast- und Schankwirte erlassen und bei dessen Nichtbeachtung die Entziehung der Schanklizenzen angebracht. — Infolge zahlreicher Extrakanungen der Schulkinder in Ebersbach an Mäsern und Reichenhain mußte die Elementarklasse der Schule des 2. Bezirks (Hains) vorläufig bis Sonnabend geschlossen werden. Es fehlten zuletzt von 54 Schülern 24. — In amerikanischen Fleisch, das über Nürnberg in Waldheim eingeschafft wurde und mit Beschämung versehen war, sind bei der Untersuchung im bietigen Schlachthof Trümmchen gefunden worden. — Der vom Chemnitzer Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilte Stuhlbauer Hermann Alfred Beuchel aus Gerningswalde ist vom König zu lebenslänglichem Bußgeld begnadigt worden. — Ein in Gossebaude wohnender Privatus L. versuchte mittels Revolver erst seine Frau, dann sich selbst zu erschießen. Die Frau, bei der die Kugel noch im Hals steckt, ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundet, während L. selbst durch den Schuß nur gestreift ist. L. wurde deshalb an die Staatsanwaltschaft überleitet. Das Motiv zur That soll in ungünstigen finanziellen Verhältnissen zu suchen sein. — Der juristische Stadtrat Erfurt in Döbeln, der, wie schon gemeldet, auf einem Gottesacker durch einen Pfostenstich seinem Leben freiwillig ein Ende bereitet hat, war seit 20 Jahren als beßelter Stadtrat im städtischen Dienst. Als Grund zu dem bedauerlichen Schritt hat er in einem hinterlassenen Briefe die Spuren gefährlicher Störung angegeben, die ihn fürchten ließen, daß er der Stadtgemeinde zur Last fallen möge. Er stand in den 50er Jahren und hinterließ vier noch unverjüngte Kinder.

Gemeinderatswahlen. In Cotta fielen in der Klasse der Unansässigen von 407 abgegebenen Stimmen 311 auf unsere Kandidaten. In der Klasse der Ansässigen sind unsere Kandidaten zwar unterlegen, sie erzielen aber eine starke Minorität. — In Potsdam wählen die Unansässigen in zwei Klassen. In der ersten unterliegen unsere Genossen, in der zweiten halten unsere Gegner keinen Kandidaten aufgestellt. — In Auerwalde gelang es unseren Genossen zum erstenmal, in der zweiten Klasse der Häuslerkinder ihre Kandidaten durchzubringen. Die Unansässigen hatten diesmal nicht mitzuwählen. — In Mihla wurden in der Klasse der Unansässigen die Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvereins gewählt. — In Blech und ebenso in Wechselburg wurde in der Klasse der Unansässigen unser Kandidat mit großer Mehrheit gewählt.

g. Halle, 8. Dezember. Wegen der Worte „Buzug fernhalten“, in der die Polizei groben Unfug erblickte, wurde Genosse Weißmann vom hiesigen Schöffengericht und Landgericht freigesprochen. Das Oberlandesgericht in Nürnberg sagt aber, in dem Sage „Buzug fernhalten“ liege die Möglichkeit einer Beunruhigung. Also dolus eventualis! Die hiesige Strafkammer hat deshalb heute das freisprechende Urteil auf und verurteilte Weißmann zu 5 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft, da die in Frage kommende Notiz objektiv geeignet sei, eine Beunruhigung bei den Arbeitgebern hervorzurufen, indem der Vorfall angedeutet wird. —

Magistratsassessor Simon aus Delitzsch, der wegen zahlreicher Vergehen im Amt im dortigen Amtsgerichtsfestungshaft verhaftet war, wurde in das hiesige Gefängnis des Landgerichts überführt, wo die weitere Untersuchung vor sich gehen wird. Die Aburteilung des Simon dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach Mitte Februar u. J. vor dem hiesigen Schwurgericht stattfinden.

Nordhausen, 8. Dezember. In Nordhausen besteht, wie der Verl. Bölsig, gemeldet wird, eine Kinderbewahraanstalt, die von Anbeginn ab bis zum heutigen Tage ohne Unterschied des Glaubensbekennisses junge, noch nicht schulpflichtige Kinder tagsüber durch eine Haussmutter und zwei Kindergarteninnen pflegen und beschäftigen läßt. In den Fällen, wo die Eltern durch Amt, Beruf und Beschäftigung den Kindern die gewünschte Pflege angebieten zu lassen verhindert sind. Nun hat eine Frau dem Vorstand angezeigt, ihre Kinder würden die Anstalt nicht mehr besuchen können, da sie katholisch sei und der Besuch der Anstalt ihren Kindern durch den Herrn Pfarrer verboten sei. Derselbe Herr, der für eine Klasse der katholischen Schule die Gastfreundschaft in einer städtischen Volksschule genießt, hat in seiner Eigenschaft als Volksschulinspektor der katholischen Schule angeordnet, daß die Pausen nicht mit denjenigen der übrigen Schüler zusammenfallen, damit die katholischen Schüler nicht mit den evangelischen in Berührung kommen. Gelotismus!

Erfurt, 8. Dezember. Der Schles. Btg. zufolge ist Oberregierungsrat v. Dewitz von der Regierung in Dresden zum Regierungspräsidenten von Erfurt ernannt worden. Er tritt seine Stellung am 1. Januar 1899 an.

Kleine Chronik.

Leipzig, 9. Dezember.

— Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Sonnabend das Lustspiel Renaissance gegeben. — Im Alten Theater wird, abends 1½ Uhr beginnend, das Weihnachtsmärchen Die sieben Raben von Emil Voß zum Besten der Weihnachtsfeier für Kinder wunderbar unterhalten werden. — Am ersten

Für den Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater wird Tannhäuser in der neuen Inszenierung und Ausstattung gegeben. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen das Weihnachtsmärchen Die sieben Raben zum erstenmal wiederholt. Abends 7 Uhr wird das nach dem Roman der Mrs. Hodgson Burnett für die Bühne bearbeitete dreiläufige Lebensbild Der kleine Lord zum erstenmal gegeben. Die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Graf D'Orincourt: Herr Körner, Endrik Errol: Fr. Noll, Advokat Havisham: Herr Krause, Kolonialwarenhändler Hobbs: Herr Searle, Stiefelpuzer: Herr Huth, Missch Errol: Fr. Weigel, Minna: Fräulein Dahlbor. Die Regie führt Herr Regisseur Borcherdt. Der Novität voraus geht das dreiläufige Lustspiel Ich heirate meine Tochter. — Im Karolatheater ist Wildenbrucks Schauspiel Die Haubenerle angelegt.

— Zur Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen sind außer den üblichen Beiträgen zu älteren Veranstaltungen wie zur Altmesseforschung in den Reichshausaltsetat mehrere neue Posten eingestellt worden. An erster Stelle sind die Kosten der Herausgabe eines Werkes über die sächsische Kapelle in Rom im Betrage von 25000 M. als erste Rate zu vermerken. Insgesamt sollen 75000 M. für das Werk beigezahlt werden, von denen vorwiegend etwa 15000 M. durch Rücknahme aus dem Verlaufe des Werkes wieder eingehen werden. In der Deutscherft ist, heißt es zur Begründung der Forderung: In den Kreisen der deutschen Historiker besteht seit langem der Wunsch, die im Laufe besonders der letzten Jahre reich angewachsene, in den verschiedensten Zeitschriften gesammelte und vielsprachige Literatur

über die Entstehung, die kunstgeschichtliche und ästhetische Bedeutung der Freskenzyklen der sächsischen Kapelle des vatikanischen Palastes in Rom in einem einheitlichen Werke bearbeitet zu sehen, das durch die Beigabe aller auf die Geschichte der Kapelle bezüglichen Dokumente und der nach einheitlichem Plane und mit Hilfe der besten modernen Werkstätten hergestellten Abbildungen des gesamten künstlerischen Schmuckes den umfassenden Abschluß der seit Jahrhunderten unternommenen Studien über die Kapelle bilden würde. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Werk, das jahrelange Vorarbeiten erfordert und genauer Durchforschung der in den hauptsächlichsten Galerien Europas befindlichen Handzeichnungen der aus der Ausbildung der sächsischen Kapelle beteiligten Künstler der Renaissancezeitalter, ohne eine erhebliche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht zu Stande kommen kann. Die sächsische Kapelle ist das monumentalste Gesamtkunstwerk der italienischen Renaissancemalerei. Es scheint gerechtfertigt, Reichsmittel aufzuwenden, um in einem monumentalen Werke den Ursprung, die geschichtliche Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand der Fresken, die täglich mehr verblasen und vielleicht einst völlig verschwinden werden, für alle Zeit festzuhalten.

Ein zweiter Posten von 10000 M. ist zur Förderung altertumswissenschaftlicher Arbeiten in Ägypten bestimmt. Es handelt sich dabei um die Schaffung der Anfänge eines deutschen wissenschaftlichen Instituts in Ägypten nach der Art der archäologischen Reichsanstalten in Rom und Athen.

Ein dritter Posten von 80000 M. ist dazu bestimmt, den Fortgang der Arbeiten der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte zu sichern. Die Gesellschaft gibt die Monumenta Germaniae paedagogica, Mitteilungen, Texte und Forschungen und eine Bibliothek des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens in den Ländern deutscher Zunge heraus. Die beträchtlichen Kosten für diese Unternehmungen sind, abgesehen von den verhältnismäßig geringfügigen Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen zum überwiegenden Teile aus privaten Mitteln gedeckt worden. Diese Hilfsquellen, die überdies zum Teil zu verlieren drohen, reichen bei weitem nicht aus, das Unternehmen weiterzuführen. Die grundlegende wissenschaftliche und die nationale Bedeutung der Arbeiten der Gesellschaft für deutsche Erziehungs-

und Schulgeschichte läßt ihre Förderung aus Reichsmitteln durchaus gerechtfertigt erscheinen.

Ein vierter Posten im Etat des Reiches ist für die Errichtung einer Erdbebenstation in Straßburg i. E. ausgewiesen.

— Prinz Pölz-Möle. Die frühere Königin von Madagaskar, Ranavalona Manala, die vor zwei Jahren nach Reunion verbannt worden ist, wurde dort Mutter eines äußerst hellhäutigen schwarzen Knäbleins, das der Volkstum auf der Kreoleninsel den Prinzen Pölz-Möle getauft hat. Warum soll die deposedierte Königin im Exil nicht auch ihr Kind haben?

— Den Onkelzögen im Kaukasus, einer russischen, religiösen Sekte von etwa 5000 Mitgliedern, die sich bekanntlich weitesten Waffen zu tragen und deshalb zwangswise im Kaukasus angebietet wurden, ist das vom Bogen mit Befreiung der kanadischen Rebellen ausgestattet. Innerhalb zweier Jahren nach Kanada auszuwandern. Für die Kosten tritt die englische Gesellschaft der Freunde ein. Am 16. d. M. werden die ersten Reisenden mit dem Dampfer Lake Huron von Batum abfahren, und zwar 1892 Personen, die unter Führung des Grafen Sergei Tolstoi nach Winnipeg in Manitoba gebracht werden. Dort werden Winterquartiere bezogen, und im Frühjahr werden die Leute nach ihren definitiven Bestimmungsorten gelandet.

— Ein moderner Page. Die Pagen des Mittelalters leben in der Überlieferung fort als flotte junge Burschen mit lächelndem Thotenbrang und liebäugelndem Herzen. Die modernen Pagen haben Durst nach anderen Dingen. Wenigstens sieht in der ersten Dezembernummer des Deutschen Adelsblattes folgendes Juferat zu lesen:

Hilfloser Knabe, 14jährig, aufs Wort gehorchnig, welcher sich jeglicher Bedienung und Bedingung, auch körperlicher Bestrafung unterzieht, sucht zu Ostern Stellung als Page oder Diener. Reflexierende Herrschaften wollen Adresse eventuell mit Bedingungen unter . . . an das Deutsche Adelsblatt zur Weiterförderung senden.

Die Lust am Durchgeblätterten ist neueste Paganität.

Berufen wurde vom Reichsgericht die Revision des Genossen Rudolph von der Tribune, der am 20. September vom hiesigen Landgericht wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Gangerhausen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden ist.

Halberstadt. 8. Dezember. Die Entziehung der Selbstbeschäftigung im Gefängnis sitzender Redakteure scheint jetzt in Preußen allgemein zu werden. Genosse Meyer, der Redakteur des Halberstädter Arbeiter-Ztg., wird auf dem Petershof mit Tabakröhren beschäftigt. Wie in Halle so hat auch in Halberstadt die Staatsanwaltschaft bei sozialdemokratischen Redakteuren stets Rücksicht auf ihre Beschäftigungsart genommen und ihnen mindestens das Lesen einer täglich erscheinenden regierungsfreundlichen Zeitung gestattet. So erhielten die Genossen Heine und Berg die Erlaubnis, Zeitungen zu lesen und sich sprachwissenschaftlich fortzubilden. Hürlemann und Adler durften ebenfalls Zeitungs- und sonstige Litteratur lesen. Genosse Meyer erhält jedoch weder Krankenlohn, noch Zeitungen, noch Bücher, er wird gleich anderen gemeinen Verbrechern behandelt, ob er auch durch die Nichtgewährung der Erlaubnis Zeitungen zu lesen in seinem Berufe als Journalist auf das schwerste geschädigt wird — "Tabakröhren" ist für ihn die geeignete Beschäftigung. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Staatsanwaltschaften aus sich heraus von dieser Rücksichtnahme abgelenkt sind, diese Maßregel kann nur auf "höhere Anordnung" getroffen worden sein.

Ayolda. 8. Dezember. Kommerzienrat Wiedemann ist Ehrenmitglied des hiesigen Kriegervereins und hat sich um das Wohl der Stadt erhebliche Dienste erworben. Bei der letzten Reichstagswahl hatte er öffentlich erklärt, bei einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben zu wollen. Berechtigt ist hier unter Genosse Baudert in der Stichwahl gewählt worden. Die Erklärung Wiedemanns hat natürlich im Kriegerverein arg verschlupft. Einige dem Verein angehörige Reserveoffiziere halten darum bei dem Bezirkskommando die Entfernung Wiedemanns aus dem Verein beantragt; das Bezirkskommando hat indessen entschieden, daß kein Grund zu einer solchen Maßregel vorliege. Die Antragsteller wollen sich nun an die höhere Instanz wenden, denn auf einen solchen Bescheid haben sie natürlich um so weniger gerechnet, als anderwärts mit größtem Eifer gegen alle Elemente in den Kriegervereinen vorgegangen wird, auf die nur ein schwacher Verdacht unpatriotischer Gesinnung gefallen ist.

Aus der Partei.

Z. Dresden. 8. Dezember. Vor dem hiesigen Landgericht hatte sich Genosse Brühns als verantwortlicher Redakteur der Volkswacht wegen Beleidigung zweier Bergwerksdirektoren aus Oberschlesien zu verantworten. In einer Seite von Artikeln hatte die Volkswacht die sächsischen Arbeitverhältnisse nach den amtlichen Berichten der Gewerberäte für Schlesien besprochen und dabei auch ein eigenständliches Prämienystem erwähnt, das auf der Gräfin Laura-Grube bei Königshütte besteht. Dort erhalten die Bergleute, die sämliche Schichten im Monat versfahren, 4 M., diejenigen, die nur eine Schicht fehlen, zwei Mark Prämie. Dazu hatte die Volkswacht bemerkt: "Man sieht, daß die Verwaltung die Arbeiter in ihrer Vereitwilligkeit, sich ausbeuten zu lassen, nicht gern durch Pausen behindern läßt." Die an der Spitze der Bergwaltung stehenden Direktoren fanden in dieser Bemerkung eine Befreiung und der Staatsanwalt beantragte in der Verhandlung vor dem Landgericht nicht weniger wie drei Monate Gefängnis als Sühne für die Verleihung der direktoralen Ehre. Es sei gar nicht zu bezweifeln, daß in dem Gebrauch des Wortes "Ausbeutung", soweit es sich dabei nicht um Sachen, sondern um Menschen handele, eine schwere Beleidigung für denjenigen liege, der solcher Ausbeutung von Menschen beschuldigt werde. Man dürfe hier höchstens von Ausnutzung der Arbeiter sprechen!

Der Angeklagte und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hein, plädierten für Freisprechung, da es sich hier lediglich um die in sachlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Erörterungen ganz allgemein übliche Bedeutung des Wortes "ausbeuten" handele. Es gehe doch nicht an, die bisher freie Kritik wirtschaftlicher Vorgänge durch derartige Auslegung einzelner, an sich harmloser Worte immer weiter einzuschränken. Der Gerichtshof stellte sich jedoch auf den Standpunkt des Staatsanwalts, indem er den Ausdruck "ausbeuten" eine erheblich belästigende Bedeutung beimisch, auch der Überzeugung war, daß

der Angeklagte sich der beleidigenden Bedeutung des Wortes bewußt war. Nur der Umstand, daß es sich im Grunde doch um principielle Erörterungen handele, ließ das Gericht von einer Freiheitsstrafe abssehen und auf 400 M. Geldstrafe erkennen.

Brüssel. 8. Dezember. Die sozialdemokratische Partei beschloß, sich an einer Agitation für die Einführung der Proportionalwahlen nicht zu beteiligen, da zuvor allgemeines und gleiches Wahlrecht zu etablieren sei.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. Dezember.

Über die Aneichnung von Kriegsjahren bei der Pensionierung von städtischen Beamten ist den Stadtverordneten ein Nachtrag zum Pensionsregulativ zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Danach wird bestimmt: Für jeden Feldzug, an dem ein städtischer Beamter im Sinne des Pensionsregulativs vom 20. Dezember 1877 bei einem Truppenteile eines der früheren Bundeskontingente der jetzt zum deutschen Reiche gehörenden Staaten, bzw. einem Truppenteile des früheren Norddeutschen Bundes oder bei einem Armeecorps des damaligen Reichsheeres oder der kaiserlichen Marine derart teilgenommen hat, daß er wirklich vor dem Feind gekommen oder in dienstlicher Stellung den mobilen Truppen in das Feld gefolgt oder auf einem zur Verwendung gegen den Feind bestimmten Schiffe oder Fahrzeuge der kaiserlichen Marine eingeschiff gewesen ist, wird ihm zu der wirklichen Dauer der Dienstzeit ein Jahr zugerechnet. Ob eine militärische Unternehmung in dieser Beziehung als ein Feldzug anzusehen ist und inswiefern bei Kriegen von längerer Dauer mehrere Kriegsjahre in Aneichnung kommen sollen, das ist die Verordnungen des deutschen Kaisers bezüglich sächsischen Königs betreffend die Pensionierung der Militärs Personen maßgebend. Für den 1864er Krieg gegen Dänemark ist der Dienstzeit ein Jahr als Kriegsjahr anzzurechnen. Von der Aneichnung ist in der Regel ausgeschlossen die Zeit eines Festungsbrettes von einjähriger und längerer Dauer sowie die Zeit der Kriegsgefängenschaft. Denjenigen vormaligen städtischen Beamten, die an den Feldzügen von 1864, 1866 und 1870/71 teilgenommen haben und zur Zeit noch in städtischer Pension stehen, sollen nach den Bestimmungen dieses Nachtrages von seinem Inkrafttreten ab erhöhte Pensionen genährt werden.

In den gemischten Schulanschulen sind die Schuldirektoren Schmidt und Dr. Scherfig gewählt worden.

Ein sehr vermögender Einwohner der Querstraße ist auf die elektrische Straßenbahn schon von Anfang an recht schlecht zu sprechen. Jetzt hat er beim Ministerium Beschwerde geführt. Beim Rat der Stadt Leipzig ist darum eine Ministerialverordnung eingegangen, die bezüglich des zu schnellen Fahrens und des zu großen Geräusches der fahrenden Wagen dem Beschwerdeführer Recht gibt. Der Rat ist dem Gutachten der Deputation für die elektrischen Straßenbahnen beigetreten und hat der Straßenbahngesellschaft aufgegeben, die Geschwindigkeit des Fahrens in der Querstraße auf 10 Kilometer pro Stunde zu verringern und ebenso das Geräusch der Wagen wesentlich abzuschwächen. Lediglich aus der Querstraße sind von einer Seite unermüdlich Klagen über das Fahren der Motorwagen eingegangen, während aus belebteren Straßen, in welchen der Verkehr der Straßenbahn ein viel ärgerer ist, Beschwerden nicht gekommen sind.

Die auf dem Washingtoner Postkongress unterzeichneten neuen Verträge des Weltpostvereins kommen am 1. Januar zur Ausführung. Sie betreffen die Erhöhung des Meistbetrags für Postanweisungen von 500 Fr. auf 1000 Fr., die Erhöhung der Postanweisungsgebühr für die Teilbeträge über 100 Fr., die Zulassung der Nachsendung von telegraphischen Postanweisungen von einem Vereinsland zum anderen, die Erhöhung des Meistgewichts für Warenproben von 250 auf 350 Gramm.

so. Das Ministerium des Innern hat, da bei ihm Anzeige erstattet worden sei, durch die Aufsichtsbehörden allen Ortskrankenkassen die Weisung zugehen lassen, hinfällige Kassengelder zu den "freien Vereinigungen", auch keine Delegationsgelder für die Vertreter, zu verwenden. Einige Aufsichtsbehörden haben noch hinzugefügt (so die Amtshauptmannschaft Plauen), daß die bereits im laufenden Jahr bezahlten Diäten wieder an die Kasse zurückgestattet werden müssen. Das kann gut werden. Zu übrigens ist die Maßnahme dazu angehan-

nenmäßig der "Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen" die Lebensbader zu unterbinden, denn auf eigene Kosten werden sich zu den Versammlungen wenig Teilnehmer finden.

Glick auf den Weg! Die Deutsche Tageszeitung, das Blätterorgan, hält sogar den Herrn v. Frege für so schneidig, daß es heute schon versichert, er werde, wenn das geheimliche Zusammenspiel in dem so zusammengesetzten Reichstag vorstände aus nationalen Gründen unmöglich sein sollte, sicher die dann notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Deutsche Tageszeitung hat da wohl einen Konflikt mit den Ultramontanen im Auge. Ein solcher Konflikt ist aber so gut wie unmöglich, denn einmal ist das Centrum heute Regierungspartei und dann ist auch Herr v. Galenstrom ein großer Agrarier. Auf der anderen Seite können aber selbst die Konservativen antinational werden, wenn es ihnen in den Streiten paßt.

Das beweist ein Kniff, den diese Partei anwandte, als bei der Schriftführerwahl auch unser Genosse Schippel zur Konkurrenz stand. Die Präsentation unseres Genossen, "dem anscheinend", so schreibt die Kreuzzeitung, "die Stimmen der Centrumskräfte sicher waren, begann bei den Konservativen selbstverständlich energischen Widerpruch, und man entschloß sich, um seine Wahl zu verhindern, in der Voraussicht, durch Centrumskräfte Unterstützung zu erlangen, den politischen Großen Revolte auf die Liste zu stellen. Dieser Schachzug ist gesickt und die Wahl eines sozialdemokratischen Schriftführers abgewendet worden." Wenn also selbst die Deutsche Tageszeitung sagt, v. Frege werde zurücktreten, wenn ein Zusammenspiel in dem so zusammengesetzten Reichstag vorstände nicht möglich sein sollte, so muß sie ihm in der That eine große Schneidigkeit zutrauen. Man sieht, Herr v. Frege wird selbst von seinen nächsten Freunden richtig eingeschätzt.

Über den Gebrauch von Dampfspeisen hat das Ministerium des Innern bestimmt, daß Gewerbetreibenden, die Dampfspeisen anbauen, an sich ein Recht auf Verwendung von Dampfspeisen nicht zutreffe, die Anwendung solcher Dampfspeisen vielmehr von einer besonderen Erlaubnis seitens der zuständigen Polizeibehörde abhängig ist. Die erbetene Erlaubnis wird nur dann erteilt, wenn die Signale der Dampfspeisen eine Bekanntmachung des Publikums nicht herbeiführen. In der Nähe der Eisenbahnen wird zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten für den Eisenbahnbetrieb in der Regel überhaupt keine Erlaubnis zur Abgabe von Signalen mit Dampfspeisen gegeben werden.

Zur möglichsten Beschränkung von Weiterungen, die durch Einweihung rückständiger Gemeindeanlagen von den Neukräten entstehen, hat das Ministerium des Innern verordnet, daß die vor Einstellung der Neukräten fälligen Anlagebeiträge möglichst vor der Einstellung beizutreiben sind. Soweit dies unüblich ist, wird ein ähnliches Verfahren, wie es vom Finanzministerium für die Staatsstämme in Aussicht genommen worden ist, empfohlen. Nach einer Mitteilung dieses Ministeriums soll nämlich in Zukunft bei erfolglos gebliebener Mahnung dann, wenn eine Einschätzung in eine der untersten sechs Steuerklassen und nur aus Gehalt oder Lohn in Frage steht, der Steuerrest ohne weiteres in Wegfall gestellt werden, dafern nicht aus bestimmten Gründen ausnahmsweise das Vorhandensein geeigneter Pfandobjekte vermutet wird. In den übrigen Fällen soll zwar auch fernerhin die Militärbehörde um ihre Vermittlung zum Zwecke nachträglicher Errichtung des Restbetrags, eventuell nur zwangsläufige Beitreibung des letzteren eracht, jedoch eine etwaige Rückführung der Militärbehörde, daß ihrer Überzeugung nach eine Zwangsvollstreckung aussichtslos sein würde, als ausreichende Unterlage betrachtet werden, um auch hier die Wegfallstellung des Restes im Rechnungsverkehrs zu rechtfertigen.

Aus Kellerkreisen wird uns berichtet, daß in der mehr erwähnten öffentlichen Kellerversammlung Herr Günthermann nicht lediglich wegen des Ausbringens eines Hochs, sondern wegen seiner Unfähigkeit, eine solche Versammlung zu leiten, sein Amt als Vorsitzender abgeben mußte. Allerdings sei durch das Hoch schon Unruhe herverursachen worden.

Namensangabe Gewerbetreibender an offenen Läden, Gast- und Schauwirtschaften. Als offene Läden sind alle Räume anzusehen, in denen Waren zum Verkauf für jedermann aufgestellt werden und die für Kaufendes Publikum zugänglich sind, gleichwohl, ob diese Räume im Parterre oder in einem Obergeschoß sich befinden. Wenn in Räumen, die für Kaufendes Publikum zugänglich sind, gleichzeitig Waren angefertigt und fertige Waren verkauft werden, so gelten diese Räume ebenfalls als offene Läden; dagegen sind Werkstätten, in denen Waren

Billige Weihnachts-Geschenke.

Gelegenheitsposten. Nur soweit der Vorrat reicht. Gelegenheitsposten.

Unterrock
aus reinwoll. Velour mit Bordenbesatz
Stück 3.50.

Unterrock
aus reinwoll. Velour mit elegantem
Bordenbesatz
Stück 4.75.

Morgenrock
„Aurora“
aus dickem Velour-Barchent in hübschen Mustern Stück 3.75.
In kurzer Zeit mehrere Hundert
Stück verkauft.

Morgenrock
aus Velour mit Samtbesatz
Stück 5.00.

Morgenrock
aus prima Velour mit Samtbesatz
Stück 8.50.

Hauskleid
aus gemustertem Haustuch
Stück 3.00.

Hauskleid
aus prima Haustuch
Stück 6.00.

Bluse
aus reinwoll. Tuch in den modernsten Farben
Stück 3.25.

Bluse
sogenannte Hemdbluse aus schott. Flanell
Stück 5.75.

→ Man beachte unsere Schaufenster! ←

Steigerwald & Kaiser.

nur angefertigt werden, Comptoirs u. s. w. nicht als offene Läden zu bezeichnen.

In den hiesigen Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen auch Bäckwaren hergestellt werden, können am 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 20., 21., 22. und 23. Dezember dieses Jahres die Arbeitsschichten verlängert werden, und zwar für die im ersten Lehrjahr stehenden Lehrlinge auf 14 Stunden, für die im zweiten Lehrjahr stehenden Lehrlinge auf 15 Stunden, für alle übrigen Lehrlinge, Gesellen oder Gehilfen auf 16 Stunden. Für den 11. und 18. Dezember wird die gleiche Verlängerung der Arbeitsschichten für zulässig erklärt, insoweit als die Arbeitgeber die unter H. Biffer 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, vom 5. Februar 1895, erwähnten Arbeiten vornehmen lassen und dies Vorhaben vorher beim Rate der Stadt angezeigt haben.

Die Sonntagsruhe an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten. An den auf den 11. und 18. Dezember fallenden Sonntagen wird die für die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Gewerbebetrieb und für den Gewerbebetrieb in offenen Betrieben freigegebene Zeit auf die Stunden von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends ausgedehnt. In derselben Zeit kann auch der Handel mit Waren betrieben werden. Wegen des Verkaufs von Brot und weicher Backware, von Konditoreiwaren, von Fleisch und Fleischwaren, sowie von Fischen bleibt es bei den Bestimmungen, die bezüglich des Beginnes der Verkaufsstunden dieser Waren für den gewöhnlichen Sonntagsverkehr getroffen sind. Der Handel mit Milch ist nur in den Stunden von 9—11 Uhr vormittags untersagt.

Arbeiterführer für Leipzig und Umgebung. Infolge unliebsamer Verzögerung des Druckes wird der Arbeiterführer um einige Tage später erscheinen. Die Ausgabe wird bestimmt am Dienstag den 14. Dezember erfolgen und werden die Bestellungen in der Reihenfolge der Aufgabe erledigt. Bestellungen wolle man deshalb rechtzeitig der Leipziger Volkszeitung oder dem Verleger Röhl. Lipinski. An der alten Elster 2, ausgeben.

Offizielle Sitzung des Kreisausschusses vom 9. Dezbr. Der Buchhändler Winkler betreibt in Frauendorf seit einiger Zeit eine Gesundheitskolonie; Erdenglich, in der er jeden aufnimmt und versiegt, Lust-, Sand- und Wannenbäder gibt und vegetarische Kost verabreicht. Er kennt seine Kolonie nicht als Heilstatt an, ist aber vom Schöffengericht Weitain verurteilt worden, weil er eine Heilstatt ohne Konzession betreibt. Winkler sucht nunmehr um Erteilung der Konzession nach. Der Medizinalrat Professor Hofmann bezeichnet die Kolonie als Heilstatt und die Sachverständigen erklären, daß das Gebäude ein altes Bauernhaus, mit unzulänglichen niedrigen Zimmern und als Heilstatt nicht geeignet ist. Aus diesen Gründen wurde die Genehmigung der Konzession verweigert.

Dagegen wurde die Erweiterung des Privatkraulenhauses des Professors Dr. Friedrich genehmigt.

Schlecht würde der Bürgermeister von Lucka fahren, wenn die Buchhausvorlage schon Gesetz wäre. Der Arbeiter B. war 1896 von Koschbach nach Lucka in Altenburg verzogen. Der dorlige Bürgermeister verweigerte ihm und seiner Familie den Aufenthalt, weil er sich nicht erhalten könne. Die hiergegen eingeklagte Beschwerde wurde vom Ministerium in Altenburg verworfen. Der Bürgermeister verfolgte aber die Fortschaffung B.s nicht weiter. B. erhielt bei der Holzindustrie-Gesellschaft in Lucka gegen 8 M. Wochenlohn Arbeit. An einem Dienstag trat er an, wurde aber am Sonnabend bereits entlassen, weil er keine Invalidenversicherungskarte beibringen konnte. B. nahm nun die Armenunterstützung in Anspruch. Die Stadt Lucka hat insgesamt 85 M. Armenunterstützung an B. gezahlt und fügt diesen Betrag gegen die Gemeinde Koschbach ein. In dieser Verwaltungstreitigkeit wurde zeugniedlich festgestellt, daß der Bürgermeister B. die Ausstellung einer Invalidenkarre verweigert hat, zur Holzindustrie-Gesellschaft ging und dem Geschäftsführer mitteilte, daß er B. keine Karte aussieße. Die Gesellschaft müsse deshalb B. entlassen, weil er nicht in die Gemeindekrankeversicherung aufgenommen werden könne. B. wurde daraufhin entlassen. Der Geschäftsführer hat weiter eidlich bekundet, daß B. nicht entlassen worden wäre, wenn der Herr Bürgermeister nicht eingriffen hätte. B. selbst versichert, er hätte keine Armenunterstützung beansprucht, wenn er nicht aus der Arbeit getrieben worden wäre. Die Klage der Stadt Lucka wurde aus den angeführten Gründen abgewiesen.

Der Inhaber der Terrasse, Kleinzschocher, will, wie auch die Inhaberin des Reichsverwesers, Kleinzschocher, an einem Wochenende nach dem Konzert öffentliche Tanzmusik. Das Gefüch des Terrassenwirtes wurde abschlägig beschieden, dagegen das Gefüch der Reichsverweserwirtin mit Rücksicht darauf genehmigt, daß nur gutgesinnte Vereine das Festsal befreien und das verkehrende Publikum nur aus "guten Elementen" und "guten angesehenen Personen" besteht.

Die Fregestiftung soll dazu verwendet werden, daß eine Anstalt für verwahrloste Kinder errichtet wird. Hierzu reicht das Kapital der Stiftung nicht aus und hat die Stadt Leipzig die auf Porticker Flur gelegene Parzelle 140 geschenkt. Die Genehmigung zur Verminderung des Stammbesitzes der Stadt Leipzig wurde erteilt.

Nach Vornahme der Wahlen der Mitglieder bez. Stellvertreter der verstorbenen Oberpostkommission und der Reklamationskommission wurden Übernahmen von bleibenden Verbindlichkeiten für Wurzen, Leipzig, Waldheim und Colditz erledigt.

Umsatzsteuer. Ein Umsatzsteuerregulativ hat sich auch Nochlis geleistet. Großbetriebe sollen die Delallgeschäfte sein, die einen Jahresumsatz von 75000 M. erreichen. Das ist der Konsumverein Nochlis mit 530 Mitgliedern, der dann 2 Proz. vom Umsatz zahlen soll. Der Bürgermeister von Nochlis begründete das Bedürfnis einer derartigen Umsatzsteuer damit, daß die Umsätze der Kaufleute zurückgegangen sind und die Steuerlast der Kämerer herabgemindert worden ist. Dass aber die Kleinstaufleute die erwartete Hilfe durch das Regulativ erreichen werden, glaubt der Bürgermeister selbst nicht. Die erhoffte Wirkung würde nicht eintreten, wenn sich die Kaufleute nicht ähnlich wie die gewerkschaftlichen Gruppen vereinigen, gemeinsame Einkäufe machen und den Abnehmern ähnliche Vergünstigungen gewähren, wie der Konsumverein sie seinen Mitgliedern gewährt. Der Konsumverein hat gegen das Regulativ Protest erhoben. Wie lautet der Begriff Großbetrieb ist, geht daraus hervor, daß Markstädt und Burgstädt 50000 M., Nochlis 75000 M., Leisnig, Waldheim und Penig 100000 M. als untere Grenze des Großbetriebes festgelegt haben. Der Protest wurde als unbedeckt verworfen und das Regulativ genehmigt.

Die Nekrose des Aktien-Konsumvereins Limbach gegen die Herausziehung zur gewerblichen Sonderstener in Burgstädt und

des Konsumvereins Markstädt wurden in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Wegen Einlegung von Wasserleitungsröhren wird der von der Göp. u. Nestmannschen Fabrik südlich gelegene Teil des östlichen Weges und der in Verlängerung desselben anstehende Wirtschaftsweg vom 9. d. M. ab auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Unfälle. Am Mittwoch nachmittag kam ein 20 Jahre alter Bauschreiber, der einen mit schweren Paketen beladenen Handwagen zog, zu Halle und wurde von mehreren 50 Pfund schweren, von dem Wagen herabfallenden Paketen getroffen, so daß er eine starke Quetschung des linken Knies und einen Bruch des linken Unterarmels erlitt. Er wurde mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus transportiert. — An der Wittenberger Straße in Lützschitz fiel ein Geschäftsführer von seinem Wagen, wurde überfahren und hierbei am rechten Ohr erheblich verletzt. — Ein 20 Jahre alter, in Möckern wohnh. Arbeiter fuhr mit seinem Rad in ein Brauereigelände, kam dabei zu Fall und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß sich der Transport des Unglückslichen mittels Krankenwagens nach dem Stadtkrankenhaus notwendig machte.

Als geheilt konnte der Straßenbahnmachtführer Münnel aus dem Krankenhaus St. Jakob entlassen werden. Er war, wie wir seiner Zeit meldeten, beim Abspringen von einem im Gange befindlichen Motorwagen in der Eisenbahnstraße in Volkmarsdorf zu Halle gekommen, wodurch er einen doppelten Schädelbruch erlitt.

Diebstahl. Aus einer Wohnung in der Kurzen Straße in Lindenau sind in der Nacht zum Donnerstag 322 Mark in barem Gelde gestohlen worden.

Gefunden wurde vor einigen Tagen in einem kleinen Bankinstitut ein Betrag von 100 M. Zur Ermittlung des Eigentümers wird dies vom Polizeiamt bekannt gemacht.

Der Professor Röntgen soll, so liest man in der Jugend, an die Leipziger Universität kommen. Nu nee — zu was brauchen denn die Sachsen 'nen Röntgen? Ist denn in Sachsen noch irgendwas dunkel? Es wird mehrheitl. für die Freunde sein!

Sommersfeld. Anlässlich der am Mittwoch vollzogenen Gemeinderatswahlen war auch in unserem Orte ein heftiger Wahlkampf um das Mandat der Klasse der Unansässigen entbrannt. Vor 14 Tagen stellte der Gemeinnützige Verein einen Kandidaten auf und verpflichtete denselben auf das übliche sozialistische kommunale Programm. Man dachte nun, daß die Wahl ohne wesentlichen Kampf vor sich gehen würde. Doch einige Tage vor der Wahl gelangte an die unansässigen Wähler ein von Herrn Klöthe verlegtes Flugblatt mit der Unterschrift: "Das unabhängige Wahlkomitee der 2. Klasse (Haushabende) und der 3. Klasse (Mieter)". Der Inhalt des Flugblattes bestand in der Hauptfazit in der ausführlichen Wiedergabe des vom Gemeinnützigen Verein aufgestellten Programms mit folgendem phrasenreichen Schlus: "Wähler! Es ist ein tiefer Segen, der in den Worten liegt, erfüllt aller Wegen, gesetzlich Deine Pflicht. Ja, gebe zur Wahl, erfüllt Deine Pflicht, diese Freiheit ist eine Perle in Deiner Krone, behalte und hilf diese Perle, damit Dir niemand Deine Krone raube." Und diesem von Herrn Klöthe verlegten Flugblatt lag auch ein Stimmzettel bei, den sein eigener Name als Vertreter der Unansässigen zierte. Nun ist das Komische an der Sache, daß niemand weiß, in welcher öffentlichen Versammlung sich das "unabhängige Wahlkomitee" konstituierte und wer Herrn Klöthe als Kandidaten aufstellte. Der Haushabendeverein veröffentlichte am Tage vor der Wahl im Dorfangelegen folgendes Antrat: "Erklärung! Der Haushabendeverein erklärt hierdurch, daß er mit dem am 8. dieses Monats in Sommerfeld verbreiteten Flugblatt nicht identisch ist." Von dem "unabhängigen Wahlkomitee" wurde nun am Tage der Wahl die Wähler noch eine briefliche Aufforderung gerichtet, worin sie höflich gebeten werden, ja ihre Stimme abzugeben, da die Gegner alles daran setzten, ihren Kandidaten durchzubringen. Auf der hellographierten Aufforderung an solche Wähler, die nicht sozialdemokratischer Anschauung verbüchtig sind, befand sich folgender Nachsch: "Wähler niemand einen Sozialdemokraten, deren Vater Agitator auf Stelen noch am 27. Nov. hier in öffentlicher Versammlung die Existenz einer Gottheit in Abrede stellte. Religion muß sein, in dieser sind wir erwachsen, in dieser erwachsen wir die Unseren." Doch auch dieser Notizsatz des sozialistischen Kämpfers hat seinen Zweck verfehlt. Materialwarenhändler Klöthe stellte mit 9 Stimmen gegen Gen. Goldhardt, der 17 Stimmen erhielt, durch. Bezeichnend ist noch, daß Herr Klöthe sich in den Gemeinnützigen Verein aufzunehmen ließ, als die bevorstehenden Gemeindewahl auf der Tagessordnung standen. Sein Streben scheint dabei gewesen zu sein, durch den Gemeinnützigen Verein eine Kandidatur zu erhalten. Da dies nicht gelang, mußte eben ein anderer Weg eingeschlagen werden, um zum Siele zu kommen. Daß es dabei ohne Seitenhiebe auf die gehabten Sozialdemokraten nicht abgehen kann, nimmt niemand wunder. Doch ein Geschäftsmann, der fast nur von den Arbeitern lebt, sollte sich eine derartige Kampfesweise doch zweimal überlegen.

Vereine und Versammlungen.

Die Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter hielten am 5. Dezember im Coburger Hof eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag über: Der Einfluß der Arbeiterorganisation auf die Gesellschaftsentwicklung; 2. Diskussion; 3. Wahl eines Gauvorstandes für Sachsen; 4. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Müller. Im Eingang seines Vortrages kennzeichnete er geblüht das Verhalten der Firma Schulz jun. in Plagwitz, die ihren Arbeitern den Besuch der Versammlung bei Androhung sofortiger Entlassung verboten hatte. Dann behandelte der Redner sein eigenliches Thema und erntete am Schlusse reichen Beifall. Da sich zur Diskussion niemand meldete, wurde zur Wahl des Gauvorstandes für Sachsen geschritten. Genählt wurde Kollege Roos als Vorsitzender, Kollege Hesse als Schriftführer, Kollege Lohr als Kassierer und die Kollegen Scheffner, Heller und Sommer als Revisoren. Im Gewerkschaftlichen wurde zunächst auf die Angelegenheit der Firma Schulz jun. eingegangen. Die Unwissenheit der Chefs und elischer Werkmeister der Fabrik in der Versammlung stellte das Verbot für die Arbeiter und die im Zuüberhandlungsfalle angedrohte Maßregelung nur noch in ein geringeres Licht. Die Arbeiter werden verhindert, über ihre Interessen klar zu werden, dafür erscheint die ganze Fabrikleitung, um sich von der Wirkung ihres Verbotes zu überzeugen. In der Diskussion über diesen Fall sprach zunächst Koll. Roos über das Eingehen eines Arbeiters dieser Fabrik, sowie das nächste Eingehen unseres Verbandes, daß die Arbeiter dieser Firma zum Besuch der heutigen Versammlung und zum Besitz in den Verband aufzufordern. Nachdem die Kollegen Pohl, Roos, Lohr, Hesse, Jacobson u. a. diese Angelegenheit genügend besprochen und Referent Müller erfuhr, daß Brief bereits der sofortigen Entlassung der Arbeiter bei Besuch der Versammlung dem Staatsanwalt zu übergeben, versuchten die Werkmeister Wiesnitz und Meier eine vergebliche Verteidigung ihrer Fabrik. Es wurde beschlossen, sofort eine Werkstättenversammlung für diese Fabrik einzuberufen. Nachdem noch beschlossen, 50 M. dem Agitationsteamitee, wurde bestimmt, daß die Barmittel über 50 M. vom Vertrauensmann der Sparkasse zugewiesen sind. Ferner wird beschlossen, einen Schrank zur Unterbringung der Materialien anzu schaffen. Dann schloss die gutbesuchte Versammlung.

Die Dachdecker beschlossen in einer am Sonnabend den 8. Dez. im Coburger Hof abgehaltenen Versammlung, eine Lohnkommission mit der Ausarbeitung eines erhöhten Lohntariffs, der den 1. April 1899 in Kraft treten soll, zu beauftragen. Die Normsätze werden den heutigen Verhältnissen entsprechend und nach den gemachten Vorschlägen bis zu nächster Versammlung ausgearbeitet. Die Hilfsarbeiter unserer Branche, die einige lästige Fälle ausgenommen, unserer Organisation und unseren Versammlungen fernbleiben, in dem zu fordern den Tarif zu berücksichtigen, wird abgelehnt, da von deren Seite eine Anregung mit der nötigen Unterstützung uns nicht gegeben worden ist. Bei der Einführung der teilweise erungenen 9-stündigen Arbeitzeit bildeten viele derselben den Hemmschuh. Dem Vertrauensmann wurde empfohlen, sämlich zahlende Mitglieder streng nach dem Statut zu streichen und die Pappecker derselben Güte, deren Lohnbewegung, Agitation und Schulden an den Verband uns ein horrendes Säumchen löst, für immer auszuschließen. Dem Arbeiterverein die laufende Unterstützung zu gewähren, wird abgelehnt und bleibt es bei der einmaligen vom Kartell bewilligten Summe.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 8. Dezember.

Die unsittliche Großstadt. Der Maurer Karl Gottlieb Schmidt aus Schlesien besitzt ein Häuschen in den Schreberanlagen der verlängerten Alleestraße zu Volkmarsdorf, wo er mit seinem Weibchen im Sommer die Abendstunden verbringt. Mit Einsetzen musste er aber wahrnehmen, daß Liebespaare die Dunkelheit und die Gänge der Anlagen in einer das sittliche Gefühl verlebenden Weise missbrauchten, und, um seine persönliche Sicherheit beorgt, steckte er stets einen mit Vogeldunst geladenen Revolver zu sich, wenn er abends seinen Garten aufsuchte. Am 8. September verließ er mit seiner Frau in der neunten Stunde den Garten und war wieder Zeuge eines sittenlosen bereits erwähnten Vorgangs. Empört rief er dem Jäger zu, sie sollten sich doch einen anderen Platz zu ihrem Treiben suchen. Der in der Nähe befindliche Arbeiter R. dem die Worte nicht galten, meinte darauf: Wenn Du so etwas nicht sehen willst, dann mache doch die Augen zu, sonst halte aber die Klappe! Über das vertrauliche "Du" war Sch. so entüstet, daß er R. zurief: Wenn Du Dein Maul nicht hältst, dann rauch's! R. ließ sich nicht sonderlich verblüffen und antwortete entsprechend. Als er aber einige Schritte auf Sch. zutrat, schoß ihm dieser die volle Schroßladung in die Brust. Natürlich nahmen nun andere Leute für R. Partei und als der Arbeiter R. zu Gunsten R.s gegen Sch. Stellung nahm, drohte Sch.: Kommt mir nicht zu nahe und holt den Revolver in die Höhe. Das Schrot hatte die dicke Kleidung R.s durchbohrt und war in die Haut eingedrungen, die kleinen Fleischwunden waren aber so unbedeutend, daß R. nicht die Arbeit zu unterbrechen brauchte. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Rötigung hatte sich deshalb Sch. vor der IV. Strafammer zu verantworten. Er spielte sich hier als Staatsbretter auf und wollte glauben machen, der Schuß sei rein aus Zufall losgegangen. Mit dieser Ausrede sandte er aber keinen Glauben. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu fünf Monaten zwei Wochen Gefängnis und zog den Revolver ein.

Schößengericht.

Leipzig, 8. Dezember.

Der schlagfertige Gemeindevorstand. Von den umplanteten Baumplänen wird Holz gestohlen, von den Feldern werden Rüben und Kartoffeln gestohlen, die Jungen treiben allerlei Unzug und die Betroffenen kommen allemal zu mir und ich soll helfen. Mit diesen Worten entschuldigte der Gemeindevorstand Bang von Wahren die Misshandlung des kleinen sechsjährigen Knaben Sch. Am 28. Juni d. J. war der Hund des Herrn Sch. in einen umplanteten Baumplatz gelaufen und jagte die Hühner beschädigt, beauftragte Frau Sch. ihren kleinen sechsjährigen Sohn, über die Plante zu hetzen und den Hund herauszujagen. Prompt führte der kleine Sch. den Auftrag aus und flatterte zurück. Als er oben auf der Plante saß und die äußere Plantesseite gewinnen wollte, wurde er von dem aus seinem daneben liegenden Grundstück gekommenen Gemeindevorstand Bang am Bein gepackt und mit der Hand fünf bis sechsmal auf das Gesäß geschlagen. Der Gemeindevorstand hatte kräftig zugeschlagen, daß die Mutter des kleinen während der Nacht kührende Umschläge machen mußte. Obendrein erstickte der Gemeindevorstand gegen Frau Sch. bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Unlust zum Hausfriedensbruch. Der Vater des Knaben erhob aber gegen den Gemeindevorstand Bang eine Privateklage. Vor dem Schößengericht mache Bang den Kompetenzstreit geltend, da die Angelegenheit eine Streitfrage sei, die die Verwaltungsbehörde zu entscheiden habe. Der Vorsitzende, Amtsrichter Winkler, konnte nach mehrmaligem Lesen der betreffenden Paragraphen des Verwaltungs-Gesetzes vom 8. März 1879 ebenfalls wie der Anwalt Sch. der Ansicht des Herrn Bang nicht beitreten. Der Vorsitzende verlor die Beweislast nicht insofern eine Beleidigung zu erblicken, als sie übermäßig gewesen seien. Unter diesen Umständen ging der Kläger auf den Vergleich ein, daß beide Parteien zur Hälfte die Kosten des Prozesses tragen und Sch. seine Klage zurückzieht. Vom Vorsitzenden wurde der Gemeindevorstand darauf aufmerksam gemacht, daß er zu einer derartigen Befreiung nicht berechtigt sei.

Von Nah und Fern.

Mord.

Herborn (Bezirk Wiesbaden), 8. Dezember. Der Landmann Schmidt aus Greifenstein wurde im nahen Walde ermordet aufgefunden. Der Verdacht, die That begangen zu haben, lenkte sich auf seinen Schwiegersohn Karl Baß, der aus dem Buchenau entlassen worden war. Er wurde verhaftet, leugnet jedoch die That.

Scharlach und Diphtherie treten in mehreren Ortschaften der Umgegend von Liegnitz epidemisch auf. In Böhmisch und Groß-Petershain starben gegen zwanzig Kinder. Der Schulunterricht mußte länger als einen Monat ausgesetzt werden. Jetzt ist die Epidemie in Abnahme begriffen.

Die Pest auf Madagaskar.

Paris, 9. Dezember. Nach einem Telegramm des Journal de Dobais nimmt in Tamatave (Madagaskar) die Pest zu. Auch ein Europäer ist bereits der Seuche erlegen.

Sceno.

Newyork, 9. Dezember. Der Dampfer Gedamore von Liverpool passierte Cape Henry (Virginia) mit 45 Mann der Besatzung des verlassenen Dampfers London an Bord. Gedamore berichtet nichts über das Schicksal der übrigen Mannschaften des London.

2. Beilage zu Nr. 285 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 9. Dezember 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

kleine politische Nachrichten. An einer Kanone erhängt wurde der Rekrut Kanonier Kollnick vom Fussartillerie-Regiment Nr. 5 im Fort Großer Kurfürst in Thorn aufgefunden. — Die Münchener Allgemeine Zeitung meldet offiziös: Der Großherzog von Baden wird zum Besuch des Prinzenregenten am Montag den 12. Dezember in München eintreffen. Man sprach von einer höfischen „Krisis“; sie scheint ja nun, allen Hinweislichkeiten sei dank, beigelegt. — Der mecklenburgische Landtag hat mit 52 gegen 18 Stimmen der Errichtung einer Dampfsährenverbindung zwischen Warnemünde und Gjebke zugestimmt und die dafür erforderlichen Kosten mit 6353500 Mk. bewilligt. — Der deutsch-fortschrittliche Parteitag Mährisch nahm einstimmig eine Resolution an, in der er den deutsch-fortschrittlichen Abgeordneten des Reichsrats sehr rücksichtslos Vertrauen ausspricht und sie aufordert, mit allen, ihnen wissam erscheinenden Mitteln für Aushebung der Sprachenverordnungen einzutreten und den Ausgleichsvorlagen, so sehr auch die Erneuerung des Ausgleichs unter Wahrung der österreichischen Interessen wünschenswert sei, ihre Zustimmung zu verlagen, weil der Parteitag in den Vorlagen eine Preisgebung der Interessen der diesseitigen Reichshälfte erblickte. Die im mährischen Landtag angebahnten Verluste zur Herstellung des nationalen Friedens sänden, wenn sie unter steter Bedachtnahme auf die Gemeinschaft aller Deutschen geführt würden, die Billigung des Parteitages; doch sei es vornehmlich die verantwortliche Aussage der Regierung, die Voraussetzungen für eine gebedeutsche Durchführung eines solchen Ausgleichs zu schaffen. Schließlich spricht der Parteitag den dringenden Wunsch nach Einigung der deutschen Parteien in dem Landtag und im Reichsrat aus. — Bei dem neuen französischen Geldgeschäft Nr. 97 haben sich, wie der Post gemeldet wird, ziemlich erhebliche Mängel herausgestellt. Vor allen Dingen tadeln man die geringe Durchslagskraft der Schnellzuglinien auf größere Entfernung. Vom Verschluß des Rohres wird behauptet, daß er äußerst diffizil sei, ein steines Sandstein schon genüge, denselben unbrauchbar zu machen. — Sechs weitere Torpedoboote hat Japan bei Schichau in Danzig bestellt. — Drei englische Blaublätter über Krete sind veröffentlicht worden. Sie enthalten die Schriftstücke vom Beginne dieses Jahres bis zum 7. November. Der Inhalt ist bereits zum größten Teile durch die Zeitungen bekannt geworden. — Der „Oberkommissar“ Prinz Georg von Griechenland erhielt Glückwunschtelegramme vom Baron, vom König von Italien, von der Königin von England und vom Präsidenten Faure. — Wie der Londoner Korrespondent der Birmingham Daily Post vernimmt, finden in London Verhandlungen, betreffend die Emission einer japanischen Ausleihe im Betrage von 10 Millionen Pfund Sterling (200 Millionen Mark), statt. Die Ausleihe soll hauptsächlich für öffentliche Bauten und Vorhilfen an die Stadtverwaltungen für Einlösung der fälligen internen Bonds verwendet werden. Eine diesbezügliche Vorlage soll in nächster Session erfolgen.

Aus dem deutschen Kolonialgebiet.

Eine Gründung.

Die Hamb. Börse meldet: Am 8. d. Ms. wurde in Hamburg zum Zwecke der Erforschung des Südens der deutschen westafrikanischen Kolonie Kamerun die Gesellschaft Süd-Kamerun mit ihrem Sitz in Hamburg gegründet. Das Gesellschaftskapital beträgt 2000000 Mk.

Wie Deutschland in Südwestafrika civilisiert.

Über die Weisen als Kulturträger in Deutsch-Südwestafrika sagt nach der Danz. Ztg. Herr Wanders aus Warmbad: „Von jeher sind die Namas in Deutsch-Südwestafrika leidenschaftliche Verehrer berausfordernder Getränke gewesen, aber die Bereitung des Honigbieres und des Getränkes, das sich aus den Beeren des sogenannten Rosinenbusches herstellt, war immerhin mit einiger Mühe verbunden und die Scheit der Nama nun einmal. Welch herliche Gaben war ihm deshalb die Brannweinstasche, die er nur zu entkorren braucht, um den seurigen Inhalt zu erlangen. Kein Wunder, daß die Trunksucht im Lande zugenommen hat in demselben Maße, in dem die Eingeborenen mit den Weißen in Beziehung kamen. Den Wein nennt der Nama „zahmen Brannwein“ und von dem Brannwein sagt er rühmend: „Ein wahrlich gutes Ding ist der Brannwein, denn er wiest Dich ja zu Boden.“ Geradezu entsetzlich sei es, welche Verwüstungen der Brannwein in der deutschen Kolonie schon angerichtet hat. In nicht ganz sechs Wochen wurden z. B. von den Eingeborenen in Warmbad 1081 Mk. für Brannwein ausgegeben und das zu einer Zeit, wo der Hunger infolge der Dürre bereits herrschte.“

Oesterreich-Ungarn.

Der Staatsvoranschlag für 1899. — Die Staatsdiener und die Obstruktion.

f. s. Wien, 7. Dezember. Durch die Vorlegung des Staatsvoranschlages für 1899 hat der Finanzminister Dr. Raizl dem österreichischen Abgeordnetenhaus die abnormen Umstände, in denen es sich befindet, wieder ganz zum Bewußtsein gebracht. Das Budget, d. h. die Budgetprovisorien des nun fast abgelaufenen Finanzjahrs, konnte nicht verfassungsmäßig erledigt werden, so die Regierung hat für ihre eigenmächtige Gebahrung noch nicht einmal die nachträgliche Zustimmung des Parlaments erlangt. Das Exposé des Finanzministers macht daher den Eindruck des Komödie. Die verfassungsmäßige Erledigung des Voranschlages für 1899 noch in diesem Jahre ist eine vollkommene Unmöglichkeit. Der § 14 wird das Jahr 1899 beherrschen, wie er das Jahr 1898 beherrscht hat. — Sachlich gewährt der Staatsvoranschlag nichts besonders Interessantes. Wie die früheren Voranschlüsse ist auch er auf dem System der Überraschungen aufgebaut. Er schließt mit einem vorsichtigen Deficit, aber der Finanzminister weiß ebensogut wie die Bevölkerung, daß der Rechnungssabschluß einen namhaften Überschuss ergeben wird. Der Finanzminister budgetiert aber auf dem Papier anders als in seinem Kopfe und schafft sich durch die seiner eigenen Überzeugung widersprechende Bilanzierung die Begründung zu neuen Steuerforderungen und zur Verhöhung alter verhafteter Steuern. Der Beitragsstempel bleibt, die Budersteuer soll erhöht werden.

Die deutsche Volkspartei hatte, wie allgemein bekannt wurde, für die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses eine möglichst starke Erörterung des vom Vicepräsidenten Ferjancic jüngst begangenen Bruches der Geschäftsführung geplant. Diese Kundgebung wurde jedoch durch vorausgegangene Ereignisse im Hause unterdrückt. Als nämlich nach der Ablehnung des Antrages Groß, über die Interpellationsbeantwortung, betreffend die preußischen Ausweisungen, die Debatte zu eröffnen, Bro und Schönerer einen Geschäftsausdrucksstreit vom Baune brachen und durch Schreien und Toben jede Verhandlung unmöglich machten, rief der berühmte Christlichsoziale Bielohlawek mit lauter Stimme: „Die Staatsdiener warten auf die Erledigung ihres „Gesetzes!“ Bahlreiche Briefträger auf dem Ministerpräsidenten ihren Dank für diese Zusicherungen aus.“

der Galerie applaudierten. Dr. Bergst, der Führer der Deutschförschrittl. Partei, sprang auf Schönauer zu und machte ihm lebhafte Vorwürfe, so daß er sich bald grossend zurückzog.

Dieser Zwischenfall mag die Obstruktionssucht für kurze Zeit gedämpft haben. Ist erst das Staatsdienergesetz erledigt, geht es wieder weiter.

Belgien.

Ein liberal-sozialistisches Kartell.

Brüssel, 9. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Liberalen Liga erklärten der Bürgermeister von Brüssel, Buis, und mehrere Führer der gemäßigten Liberalen, eine Koalition der Liberalen mit den Sozialisten zur Bekämpfung der Regierung erscheine ihnen unumgänglich notwendig. Von der Versammlung wurden hiergegen keinerlei Einwände ausgesprochen.

Frankreich.

Es geht vorwärts. — Eine Amtseröffnung für Picquart. — Die Judenfrage in Algerien. — Vord. Monsons Rede.

Paris, 8. Dezember. Der Kassationshof prüfte heute das Geschäft Picquarts bezüglich der Zuständigkeit von Richtern. Der Richterstalter Alhalin beantragte, das Geschäft für zulässig zu erklären und das Kriegsgericht um die Mitteilung der Akten in Sachen Picquart an den Kassationshof zu ersuchen. Alhalin erklärte, er halte den von Picquart erhobenen Kompetenzkonflikt für begründet. Der Kassationshof könne darüber befinden; sei es durch einen Beschluss *de soit communiqué* (durch den die Auslieferung der Picquart-Akten an den Kassationshof verfügt und die Verhandlung gegen Picquart vertagt würde), sei es durch ein endgültiges Urteil. Das Geschäft Picquarts sei mithin formell zulässig, aber, um die Frage des Zusammenhangs beider Prozesse zu prüfen, sei die Einsicht in die Akten, die sich auf die Verhandlungen vor dem Justizpolizeigericht und dem Kriegsgerichte bezogen, notwendig. Alhalin fügte hinzu, während der Civilrichter die Mitteilung des Petit Bleu, eines authentischen Schriftstückes, durch Picquart an eine dritte Person für strafwürdig ansiehe, halte es der Militärrichter für eine Fälschung, die als solche in seiner Weise die nationale Sicherheit gefährden könnte. Es sei nicht möglich, daß bei diesem tatsächlichen Widerspruch von zwei verschiedenen Gerichtsbehörden Urteile gefällt würden. Alhalin schloß seinen Bericht mit einem Antrage auf ein *soit communiqué*.

Der Advokat Minervi schloß sich den Ausführungen des Richterstalters an und fügte hinzu, Picquart wünsche zwar, sobald als möglich vor Gericht zu erscheinen, um sich von dem Verdachte der Fälschung reinigen zu können, habe sich jedoch auf seinen Rat entschlossen, die Angelegenheit in die Hände des Kassationshofs zu legen. Generalprokurator Manau sagte in seinen Schlussfolgerungen, der Kassationshof sei nicht in der Lage, zu beurteilen, ob zwischen den der bürgerlichen und der militärischen Rechtsprechung vorliegenden Angelegenheiten ein Zusammenhang bestehe, da der Kassationshof die Akten der militärischeren Untersuchung nicht besitze. Manau verlangte gleichfalls einen Beschluss *de soit communiqué*.

Der Kassationshof beschloß, das Geschäft Picquarts zu plassen und behufs genauerer Prüfung der Angelegenheit von der Militärjustiz das Picquart betreffende Aktenstück zu verlangen. Der Kassationshof ordnete schließlich die Verkündung des vor dem Kriegsgerichte gegen Picquart schwedenden Prozesses an. Auch das vor dem Polizeigerichte schwedende Verfahren erscheint durch den Beschluss des Kassationshofs *au soit communiqué* vertragt.

Der Kassationshof hat heute eine Verfügung erlassen, der auf folge das kriegsgerichtliche Verfahren gegen den Oberstleutnant Picquart vertragt wird. Zu der Begründung dieser Verfügung heißt es, daß der Kassationshof sich in seinem Urteil aus Mangel der Vorlage der militärischen Akten nicht für genügend informiert erachtet, um von Grund aus über den Akten des Picquarts zu entscheiden. Der Kassationshof beschließt demnach, die kriegsgerichtlichen Akten einzufordern und beauftragt den Staatsanwalt, diesen Beschluss dem General Jurlinden zu präsentieren mit der Angabe, daß innerhalb 14 Tagen vom Tage der Befüllung an das militärische Dossier auszuliefern sei. Zum gleichen Termin werden der Civil- und der Militäruntersuchungsrichter gehalten, ein Memorandum (Deutsch) einzureichen. Zugleich ordnet der Kassationshof die Unterbrechung beider gegen Picquart schwedenden Verfahren an, und zwar bis zur endgültigen Entscheidung des Kriegs. Das zahlreich anwesende Publikum nahm die vorläufige Entscheidung des Kassationshofs ruhig auf.

Im Saale Miles Colomes wurde heute abend eine große Versammlung zu Gunsten Picquarts abgehalten, an der 2000 Personen teilnahmen. Das Mitglied des Instituts, Duclaux, sprach den Vorsitz. Picquart wurde zum Ehrenvorsitzenden ausgerufen. Die Redner verlangten Revision der Militärrechtschreibungen.

Infolge der Versammlung wurde eine „Gegenkundgebung“ zu Gunsten der Armee veranstaltet, die sich gegen das Geschäft Cherche-Midi bewegte, aber von der Polizei zerstört wurde.

In den Abendgängen der Kammer verlautete, Kriegsminister Freycinet habe jüngst die Interpellation des sozialistischen Deputierten Baschal Grasset über die strafbaren Untrübe gewisser Funktionäre des Kriegsministeriums und über die Verleumdung des Dienstgeheimnisses angenommen. Milleroy wird morgen wegen der Gerüchte interpellieren, denen zufolge bestmöglich sein soll, nach Schluss der Sessoin gegen diejenigen nationalistischen Deputierten gerichtlich vorzugehen, die an den jüngsten Kundgebungen teilgenommen hatten. Milleroy wird für sich und seine Freunde die sofortige Einleitung des Verfahrens fordern.

Die Mitglieder des israelitischen Central-Konsistoriums wurden gestern abend von dem Ministerpräsidenten Dupuy empfangen und trugen ihm die Besorgnisse vor, die ihnen die Lage der Israeliten in Algerien, besonders in der Stadt und in der Umgebung von Algier, einschlägt.

Der Ministerpräsident erinnerte sie daran, daß das gegenwärtige Kabinett die Lage in Algerien bereits in Bewirrung vorgehenden habe. Er sicherte den Israeliten die Wachsamkeit der französischen Regierung und den Willen zu allen Bürgern ohne Unterschied der Religion Ordnung, Gewissensfreiheit und Achtung vor Leben und Gut zu gewährleisten. Der Generalgouverneur von Algier sei von denselben Gefühlen durchdrungen und werde, geführt von der Regierung, nicht zögern, die Pleite, die ihm das Gesetz verleihe, anzuwenden, wenn dies die Umstände erforderten. Die Mitglieder des Konsistoriums drückten

ein Teil der Blätter bespricht mit wachsender Heftigkeit die bekannte Rede des hiesigen englischen Botschafters Monson bei der Feier des 25jährigen Bestehens der englischen Handelskammer in Paris. Einzelne Blätter verlangen die Abberufung des Botschafters, andere verzeichnen das Gerücht, daß die Abberufung demnächst erfolgen werde.

Der Londoner Korrespondent der Köln. Ztg. meldet zu der Rede des englischen Botschafters in Paris, Monson, über die Art, wie der Botschafter seine Aufgabe behandelt habe, seien selbst in ministeriellen Kreisen die Ansichten geteilt, indessen mache die Rede großes Aufsehen, weil sie augenscheinlich beweise, daß man an englischer leitender Stelle von der Notwendigkeit einer derartigen starken Wahrung gegen die Fortsetzung der französischen Politik der Radikaltheit überzeugt sei. Diese naheliegende Schlussfolgerung rufe das Bewußtsein des noch fortdauernden Ernstes der Lage zurück.

Italien.

Das französisch-italienische Abkommen.

Rom, 8. Dez. Das französisch-italienische Handelsabkommen gelangt am 9. Dezember zur Kammerberatung und tritt am 1. Januar in Kraft.

Einige Blätter sprechen von einer Reise des Königs paars nach Saffari zur Einweihung des Viktor Emanuel-Denkmales. Dort werde sich auch zur Begrüßung des Königs paars das französische Mittelmeergeschwader einfinden.

Spanien.

Der Friedensvertrag.

Aus Paris wird vom 8. Dezember gemeldet: In der heutigen Sitzung der spanisch-amerikanischen Friedenskommission wurde der Friedensvertrag völlig fertig gestellt.

Der spanisch-amerikanische Friedensvertrag wird aus 14 oder 15 Artikeln bestehen. Die ersten Artikel beziehen sich auf die Abtretung von Cuba, Portorico und den Philippinen, auf die Konsequenzen dieser Abtretung in politischer und administrativer Hinsicht, sowie auf die Übergabe der Staats-, Provinz- und Gemeindearchiv. Die folgenden Artikel treffen Bestimmungen über die gewöhnlichen Rechtsverhältnisse der Spanier, welche auf den abgetretenen Inseln aufzustehen, und die Rechtsverhältnisse der für die spanische Nation optierenden Eingeborenen. Sie regeln das Privateigentum sowohl mit Bezug auf das Einzel- als auch das Gemeindeigentum. Das Eigentum religiöser Gemeinschaften wird dem gemeinen Recht unterstellt.

Der Artikel, der über das handelspolitische Regime auf den abgetretenen Inseln Bestimmung trifft, stellt fest, daß auf den Philippinen nur spanische Waren den gleichen Zöllen wie amerikanische Waren unterliegen. Die Amerikaner verzögern die Anerkennung der Geldsummen, die in die cubanische Staatsbank als Kaufländer der öffentlichen Rechnungsbeamten, oder als gerichtliche Depots oder Hinterlegungen von Unternehmern öffentlicher Arbeiten eingezahlt wurden. Von einem Aufschluß der Karolinen durch die Vereinigten Staaten erwähnt der Vertrag nichts.

In dem Vertrage ist nichts über die cubanische Schuld enthalten. Für die Abtretung der Philippinen ist eine Entschädigung von 20 Millionen Dollars festgesetzt. Für die Nationalisierung des Vertrags durch die Parlamente beider Länder ist eine Frist von 6 Monaten vereinbart. Der von den spanischen Vertretern am Schlusse der Sitzungen verlesene Einspruch lautet: „Wir sind weniger durch die uns auferlegten Bindungen getroffen, als durch die von der Botschaft des Präsidenten Mac Kinley uns zugefügte Verhimpfung. Wir erheben von neuem gegen die Anklagen bezüglich der Maine Einschiffung. Wir wiederholen unseren Vorschlag, die Frage einer internationalen Kommission von Deutschen, Engländern und Franzosen zu unterbreiten, um die Verantwortlichkeit für die Katastrophe festzustellen.“ Die Amerikaner wiesen wiederum, wie vorgesieben, den Vorschlag zurück.

Großbritannien.

Die normannischen Inseln.

Die gesetzgebenden Versammlungen der zu England gehörenden normannischen Inseln Jersey und Guernsey haben beschlossen von nun ab die englische Sprache als offiziell an Stelle der bisher üblichen französischen anzuerkennen. Wie es heißt, ist die Verfügung auf Anregung des Gouverneurs erfolgt. Die Bevölkerung, die sich in der Mehrzahl der französischen Sprache bedient, ist angeblich über diese Maßregel sehr erbittert.

Nordamerika.

Kundgebungen gegen den Imperialismus. — Die Heeresreform.

Bei einer Versammlung des Exekutivkomitees der Anti-imperialist-Liga zu Boston wurde ein Brief des früheren Staatssekretärs Sherman verlesen, worin er in Bezug auf die Philippinenfrage der Hoffnung Ausdruck giebt, der Senat werde das betreffende Abkommen verwerten und die Bevölkerung der Philippinen freinachen von den spanischen Fesseln und von einem Regiment der Vereinigten Staaten aus der Ferne. Sherman sympathisiert mit dem Wunsche Aguinaldos, auf den Philippinen eine Republik zu gründen.

Der frühere Präsident Cleveland erklärte zu Princeton einem Richterstalter gegenüber, er sei ein Gegner der gegenwärtigen Annexions- und Ausdehnungspolitik in jeder Form.

Der Vorsitzende der Militärikommission des Repräsentantenhauses Hull brachte einen Gesetzentwurf ein, durch den das Heer auf annähernd 100000 Mann gebracht und zur Führung des Oberbefehls über sie ein Generalleutnant, sowie die genügende Anzahl weiterer Generalmajors und Generalbrigadiers erkannt werden sollen.

Der Imperialismus, d. h. die Weltmachtpolitik, ist jetzt Triumph in der Union; hinter ihr stehen die mächtigsten Unternehmer- und Spekulantenverbände, der Zuckertrust Havemeyers, die Zuckerkönige wie Claus Spreckels u. c. Und der Militarisimus hält seinen Einzug.

China.

Schon wieder ein mißhandelter Missionar.

Peking, 8. Dezember. Der deutsche Gesandte hat an das Tsingli-Yamen die Forderung gestellt, der kürzlich mißhandelte deutsche Missionar in Schantung solle unter Teilnahme der chinesischen Würdenträger feierlich nach seinem Bezirk zurückgekehrt und der für den Vorfall verantwortliche Mandarins degradiert werden.

Weihnachts-Ausverkauf.

Bedeutende Preisermässigung für sämtliche Wintersachen.

Winter-Paletots

von Mf. 10.— an.

Winter-Velourinen-Mäntel

von Mf. 12.— an.

Knaben-Mäntel, -Paletots, -Anzüge

in unerreichter Auswahl von Mf. 2.— an.

Schlafröcke in weichen, wollenen Stoffen von Mf. 10.— an.

Grimmaische Str. 8

H. A. Baum

Grimmaische Str. 8.

Winter-Anzüge

von Mf. 12.— an.

Winter-Joppen

von Mf. 5.— an.

10 Prozent Rabatt!

gewährt auf alle Waren [11214]

L.-Plagwitz G. O. Heinrich
Karl Heine-Str. 75. „Marien-Drogerie“.
Drogen, Chemikalien, Farben, Kolonialwaren.

Zuchreiter

bei Heinrich Rost, Brühl 3
außerordentlich billig.

Umsonst

erhält jeder Käufer, so lange der Vorrat reicht, beim Warenauftrag von 5 Mk. an

1 Paar reizende Figuren

als Weihnachtsgeschenk.



S. Markendorf
L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 85.
Kaufhaus für Küchen- u. Wirtschaftsbedarf.
Billigste Bezugsquelle der Ostvorstadt.

Richard Müller
L.-Thonberg, Reitzenhainer Str. 51
Markthalle, Stand 75
empfiehlt billig

frisch gesetzte Hasen, gesetzte Wildkaninchen, Hirschbraten und Rindfleisch, auch in Fette Dresdener Häuse, einzelnen Teilen. Prima fette Enten, Kapauinen, junge Hühnchen u. s. w.

Ein stets willkommenes und praktisches Weihnachts-Geschenk ist Wäsche für Herren, Damen und Kinder

als: Hemden, Strümpfe, Jacken, Blusenkleider, Normalunterzüge, 4-sach reiselnene Krägen und Manschetten, Taschentücher, Handtücher, Tischläufer, Servietten, frische Bettbezüge, Bettdecken, Bettlaken, Schlaflaken u. c. Ehe so offeriere: Handschuhe, Krawatten, Hosenträger, Strumpfgarne, Unterröcke, Blüten, Vorsets, Tricotstoffen, Hausschürzen, schwarze Schürzen.

In allen Artikeln, welche ich führe, bietet ich eine große Auswahl und verkaufe zu hervorragend billigen Preisen.

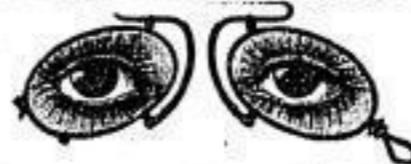
Hermann Blumenfeld, Zeitzer Str. 2.

Total-Ausverkauf!

Da ich möglichst bis Weihnachten mit meinem enormen Warenlager räumen möchte, so habe ich die Preise nochmals ermäßigt und gebe sämtliche Wirtschaftsgegenstände, Puppen, Bälge, Kopfe, Spielwaren u. c. zum Selbstkostenpreis ab. Selbst Nichtkäufern ist die Ansicht meiner Spielwaren-Ausstellung gestattet. Bei Einkäufen von 5 Mf. gewähre ich trotz der billigen Preise noch 5 Prozent Rabatt.

M. Burghardt

Lindenau, Elzener Str. 46, pret. u. l. Et.



Hermann Hauch Nchf.

Zug.: Felix Tripto
(gegründet 1860)

Uhrmacher u. Optiker

Leipzig - Lindenau

Lipziger Strasse Nr. 20

Reichhaltiges Lager
goldener, silberner und Miedel-
Aureo- und Cylinder-Uhren
für Herren und Damen.

Große Auswahl in
Regulateuren, Hänge-, Stand-,
Wand- u. Wecker-Uhren
Setzen in Gold, Gold-Double und
Ridel in jeder Preislage.

Echt goldene Ringe

Lager [10188]

optischer Waren
als Brillen, Brillen in Gold, Gold-
Double, Hartgummi, Ridel u. Stahl.
Operngläser, Barometer
Fenster-, Zimmer-, Fieber- und
Bade-Thermometer.



Richard Ruhland, Schuhmacher

Plagwitz, Zschöch. Str. 31b, am Kanal empfiehlt sein reichhaltiges Schuh- u. Stiefel-Lager von einfacher bis zur elegantesten Ausführung zu billigen Preisen. Maassarbeit u. Reparaturen schnell u. billig.



Auf Credit
an Jedermann.

Herren- und Knaben-Confection.

Auf Credit
an Jedermann.

Elegante Herren-Anzüge von 20-50 M.



Hochelegante Anzüge in Kammgarn, Satin, Cheviot, stets vorrätig.



Knaben-Anzüge von 1 Jahr bis Burschen.

Arbeiter-Garderobe. Einzelne Hosen, Westen, Joppen etc.

Paletots in grösster Auswahl.

Die Anzahlung auf einen Anzug beträgt 5 bis 20 Mark je nach Qualität. Die wöchentlichen Raten 1-2 Mark.

L. Cohn, Leipzig, Waaren-Credit Geschäft am Westplatz, Eingang: Colonnadenstr. 34, I.

Anfertigung auch nach Maass.

Die feinsten

Stollenmehle

aus den renommiertesten Mühlen unter Garantie der Backfähigkeit offeriert in unerwartet vorzüglicher Qualität das

Mehl-Special-Geschäft

Walther Schönfeld, L.-Volkmarsdorf 100 Eisenbahnstraße 100. Zusendung frei Haus.



Stollenbutter!

wirklich feine Molkerei-Butter, à Pfd. 98, 105 u. 110 Pfg.
Ersatz für Naturbutter „Margarine“, à Pfund 60 Pfg.
Marke FF von A. L. Mohr, à Pfd. 65 Pfg.

Beste Schmelz-Margarine, à Pfd. 70 u. 80 Pfg.

I. Geschäft:
Taubacher Str. 2, gegenüber d. Ärztepalast.
II. Geschäft:
Neuschönesfeld, Kirchstr. 81, Ecke Eisenbahnhof.

Carl Bredow

früher Niederlage E. F. Krüger.

Spielwaren

von 6 Pfg. an.
• Puppen, gekleidet von 6 Pfg. an.
Adolf Pincus

3/5 Hainstrasse 3/5.

Sonntags geöffnet von 11-9 Uhr.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfiehlt Velourhüte von 4.50, Pelzmützen 1.50, Barets, Mütze u. Handschuhe, Filzwaren in größter Auswahl, Krawatten, Hosenträger und Wäsche, Schirme für Herren, Damen und Kinder.

Bitte bei Bedarf mich gütigst berücksichtigen zu wollen und zehn Minuten warten.

Wilhelm Gerasch, Stötteritz.

L.-Kleinzschocher.

Allen werten Freunden und Bekannten hierdurch zur gefälligen Kenntnis, dass ich am heutigen Tage am heiligen Orte, Plagwitzer Str. 5 (Sängerhalle), eine Buch-, Papier- u. Schreibwarenhandlung eröffnet habe. Ich werde stets bemüht sein, alles nach beeindruckendem Publikum am besten zu stellen. Hochachtungsvoll Karl Peter Kleinzschocher, im December 1898.

N.B. Inserate für die nächste Nummer müssen tags zuvor bis 7 Uhr abends übergeben werden.

D. O.

Gross. Weihnachts-Schuhwaren-Ausverkauf!

Der billige Schuster
Paul Haegeler, Lindenau, Marktstr. 5

empfiehlt sein großes Lager in dauerhaften, guten, reellen Filz- u. Leder-

Schuhen in sehr reicher Auswahl zu den spottbilligsten, richtig billigen Preisen.

Jeder Käufer erhält 10 Prozent Rabatt.

Billig! Billig!



empfiehlt Mützen, Filzwaren, Pelzwaren, Regenschirme, Spazierstücke, Hosenträger, Schläppe, Leinen-, Papierwäsche.

Pelz-Garnituren

in Skunks, Nerz, Biber, Iltis, Seal, Greber „Feder-Garnitur“ sowie alle einfachen Sorten zu den kostengünstigsten Preisen. Lager von Damen-Barets, Anfertigung und Umarbeitung sämtl. Pelzwaren.

K. Panzer, Kürschner
Querstrasse 11, III. Etage.

Gelegenheitskäufe!

Kinderschuh
Damenschuh
Mädchenstiefel
Herrenstiefel

David Weiss

Nikolaistr. 9, vis-à-vis Nikolskirche

Max Jarchow

Plagwitz, Zschochersche Str. 65.

Größte Auswahl in sämtlichen Hauss- und Küchengeräten Glas-, Porzellan-, Steingutwaren

Kohlenkisten, Reibemaschinen

Wringmaschinen

Brotkäse, lackiert u. emailliert Hochzeitszu. Gelegenheitsgeschenke

25 Sofas

sind einzeln mit 5 % Abzahlung und höchstens 1 % Abzahlung abzugeben.

[2119]

S. Osswald, Königplatz 7, I.

gegenüber der Markthalle.

Kinderkörbe 3.— Mk.
Tragkörbe 2.75 Mk.

Einfache Kinderschühle . . 45 Pfg.

Matratzen . . 75 Pfg.

etc. etc.

Alle Reparaturen schnell und billig.

Kurprinzstrasse 24.

Robert Barth, Ecke Windmühlenstr.

Montags-Garderobe.

Winter-Paletots, kompl. Kugelige,

Damen-Garderobe zu sehr billigen Preisen.

[11885] 11. Sonntag

Leipzig-Neustadt, Klostergasse 95.

Es lädt ergebnis ein

11908

Leipzig-Neustadt, Klostergasse 95.

Es lädt ergebnis ein

11885

Leipzig-Neustadt, Klostergasse 95.

Es lädt ergebnis ein

11908

Leipzig-Neustadt, Klostergasse 95.

Es lädt ergebnis ein

</



Arthur Schäfer

16 Tauchaer Str. 16

empfiehlt sein großes Lager in Fahrrädern und Solinger Stahlwaren nur außerordentlich bester Marken.

Große Weihnachts-Ausstellung

in allen Wirtschaftsartikeln

Schlittschuh von 65 Pf. per Paar an

Kinderschlitten von 2.30 Mf. an

Wringmaschinen, Reibemaschinen, Familienwagen, Messer, Gabeln, Bestecke etc.

Kaffeemühlen, Platten etc.

in allen Sorten und Preisen!

Billigste Fabrikpreise! Streng reelle Bedienung!

Sehr billig!

Sehr gut!

Trockene Wachs-Kern-Seife

außerordentlich waschfähig, 5 Pfund nur 1 Mk. 48.

G. Klinger, Seifenfabrik, Leipzig, Petersstr. 48.

Van den Bergh's Holländische Margarine

Excel-tor

geschützt unter Nr. 3392.

gesetzlich abwehrfähig, Rotterdam, Brüssel, London

Fabriken Instablisements der Branche.

größte Übereinstimmung fachmännischen Urteilen

Bietet keinen Ersatz für Naturbutter.

Bei Kolonialwaren- und Buttergeschäften. [10255]

Zu haben in



RICH.PFEIFFER

Brücklinge Bahnkiste ca. II—12 Pfd. Mark 1.90

Postkiste ca. 8 Pfd. 1.60

sprottbücklinge Postkiste Mark 1.70

Sprotten Kiste Mark 1.40

offerten

Rich. Pfeiffer, Ritterstrasse 31—33.

Backwaren
billig!

G. O. Heinrich
Plagwitz
Karl Heine-Str.

Herren- und Knaben-Garderobe

befindet sich jetzt W. Palm befand sich jetzt Reichsstr. 37.

Auszug aus dem Preis-Courant:

Dauerhafte Arbeitshosen	v. 1.30.—	Stoff	2.70
Elegante Herren-Hosen in Stoff	4.50	Wester	1.40
Herren-Anzüge in Stoff	9.50	Elegante Herren-Ehevietz-	Anzüge in Stoff, zweitg. 12.25
Gebr. Singer von 15 Mf. an unter Garantie Peterstrasse 34, im Hofe, Nähmaschinen-Werkstatt.	10507	Gebr. Singer von 15 Mf. an unter Garantie Peterstrasse 34, im Hofe, Nähmaschinen-Werkstatt.	10507
Selbige, Spiels- u. Schaukel-Pferde in allen Größen zu Fabrikpreisen schon von 7.50 Mf. ab. Querbachs Hof, Gewölbe 58. C. Schmeisser.			

Naether—

Puppenwagen Mk. 1.50.
Georg Popp, Auerbachs Hof
Mitte der Stadt.

Staunenswert

billigen Preise
und die
Riesen-Auswahl

im
Warenhaus
Selmar Kraft
Lindenau

Berkefs
guter Kaufbarer Waren.

Wa. se Damenhemden mit Spalte

St. 63

Grosse Barchent-Frauenhemden

waldracht. St. 78

Grosse Barchent-Mannshemden 88

(diese Hemden erzeugen wegen

der holzholzen Volligkeit größtes

Staunen)

Herren-Normalhemden 63

Herren-Normaljacken 55

Herren-Unterhosen 68

Knaben-Unteranzüge 30

Frauen-Barchentunterhosen 78

Herren-Jagdwesten 130

Knaben-Jagdwesten 100

Hübsche Damen-Velourblusen 75

Velour-Frauenunterröcke 60

Kanten-Frauenröcke 90

Barchent-Betttücher, weiß u.

bunt 48

Barchent-Betttücher, groß und

gut 65, 85, 105

Schlafdecken 135

Reizende Kopfshawls St. 26 u. 48

Kinder- u. Damenkäppchen von

35 . . . an

Damen-Regenschirme 83

Wischlöhner 3 u. 8

Taschenlöhner St. 3, 4, 7, 11, 17

Damen-Korsette 43

Hosenträger für Knaben 9

Hosenträger f. Herren 25, 35, 47

Erst schwarze Frauenstrümpfe

Valet 50

Herren-Socken Valet 22, 30, 35, 50

Schwarze Kinderstrümpfe

Valet 30, 35, 40, 45, 52, 55

Handschuhe Valet 8, 15, 20, 25

Halblama zu Händleidern

Meter 25, 28, 30

Bettzeuge, waschecht, 1/4 Meter 27

Hemden-Barchent 3 Mf. 70

Hemden-Barchent, prima 3 95

Hemdentuch 16

Rohe Küchenhandtücher 9

Rohe Küchenhandtücher, 1/2 Meter

breit 19

Weiss u. bunt gestreifte Hand-

tücher 30

Rockfutter, schwarz u. grau 17

Tallienköper 22

Kleider-Velours, schwere Qualität 42

Tüll-Gardinen

prachtvolle Auswahl, von 25 Pf. an.

Kleiderstoffe

vielen Neuerungen, doppelbreit

Meter von 48 Pf. an.

Damenschürzen

reizende Neuerungen, von 15 Pf. an.

Blaudruckschürzen 50

Strickwolle, schöne Qualität, Pf. 180

1/2 Pf. 30

Strickwolle, pr. welche Qualität, Pf. 225

1/2 Pf. 45

Pelz-Muffen 100, 135, 175

Kinder-Muffen 35, 65, 75

Für Weihnachten

empfiehlt

große Gelegenheitsposten:

Messer u. Gabeln, Scheren

Löffel, Portemonnaies

Cigarren-Guisch

Schachtfischzunge, Trompeten

Peitschen, Bankästen

Mundharmonika, Ziehharmonika.

Puppen

entzückende Sachen, spottbillig.

Entzückende

Schürzen

für Damen u. Kinder

äußerst preiswert.

Selmar Kraft
Lindenau, Markt 10.

Restaurant zur Linde

Lindenstr. Nr. 10.
Empf. meine frdl. Lokalitäten. Arkt. Mittagstisch. Bier. sowie alle Getränke in best. Güte. Achtungsvoll Wilh. Werchan gen. Lehmann. [11202]

Thüringer Dorfschmiede

Restaurant mit Saal, Kreuzstr. 14.

Empfiehlt einen kräftigen Mittagstisch mit Bier 50 Pf., sowie früh und abends Stamm. Jeden Freitag und Sonnabend Toyssbraten mit Thüringer Klößen sowie Pötzschweinstücken. ff. Zwanziger Lagerbier und Bayerisch. Um freudl. Zuspruch bittet L. Starko, Dorfschmied. Mein gemütlicher Saal eignet sich vorzüglich zu Feiern, Kindertagen und sonstigen Feierlichkeiten und Versammlungen. [9763]

Kurprinzstr. Kleine Markthalle Kurprinzstr. Nr. 20

(Albin Kirschky)

empfiehlt allen Freunden und Bekannten zur gesell. Benutzung. Gemütlicher Familienaufenthalt bei täglicher Unterhaltungsmusik. Empfiehlt meinen kräftigen Mittagstisch, sowie Stamm nach Wahl à 40 Pf. ff. Bier u. Böse. Jeden Mittwoch Thüringer Klöße. Jeden Sonnabend Schweinsknöchen.

Restaurant F. Schulze Nachf.

Karlstr. 6 (Inh.: Grenzdörfer.) Karlstr. 6.

Herrn sowie jeden Sonnabend ff. Schweinsknöchen, ff. Lagerbier und

Kulmbacher vom Nas. [10579]

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à portion 40 Pf.

Coburger Hof.

Teleph.